

Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 161. Donnerstag den 13. Juli 1848.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 1—3. (121—123.) Bogen des 4. Abonnem. von 30 Bogen. Berlin Bg. 61. Frankf. Bg. 61. 62. Man beliebe baldigst darauf bei den betreffenden Postanstalten und Commanditen mit 10 Sgr. zu pränumeriren

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

(Sitzung vom 11. Juli.)

Nach Verlesung des Protokolls wird eine Botschaft Sr. Majestät des Königs verlesen, betreffend die Zwangsanleihe, Aufhebung der Klassensteuer und Ermäßigung des Zeitungsstempels, so wie eine 2te, betreffend die unentgeltliche Aufhebung verschiedener Feudallasten. Minister Hansemann ergreift das Wort. Meine Herren! Sie finden in den Vorlagen eine Uebersicht der gegenwärtigen Finanzen, ich will mich aber auch mündlich Ihnen gegenüber auslassen. Die Einnahmen haben nothwendig in den letzten Monaten abnehmen müssen. Es ist bekannt, daß die Werthe aller Produkte zurückgewichen; daraus geht hervor, daß Holz- und Bergwerks-Produkte des Staates nur schlecht oder gar nicht veräußert werden konnten. Die Verbrauchs-, so wie andere Steuern haben geringere Einnahmen gewährt. Die Regierung gern bereit, den arbeitenden Klassen so weit als irgend möglich, zu Hülfe zu kommen, hat $^1/_3$ der Mahlsteuer erlassen. Dieser Ausfall ist auf 8 Millionen Thaler für das Jahr anzunehmen. (Verwunderung.) Die Mehrausgabe wird $22^1/_2$ Millionen betragen (heftige Verwunderung), darunter 10 Mill. für das Heer, es würde also mit den 8 Mill. Ausfall eine Mehrausgabe von 30 Mill. entstehen. Der Staatsschatz betrug Anfang des Jahres 15 Mill. Was die Anleihe betrifft, so ist die Regierung auch bei der Zwangsanleihe von der Ansicht ausgegangen, die weniger Bemittelten damit zu verschonen und nur solche Staatsbürger heranzuziehen, welche 4000 Rthl. Vermögen oder 400 Rthl. Einkommen haben. Die Scala geht von $^1/_2$—2 pCt. Vermögen. Es ist nicht unmöglich und vielleicht darf ich es hoffen, daß gerade die Zwangsanleihe die freiwillige Anleihe ergiebiger mache. Bei allen Finanzmaßregeln haben wir auf der einen Seite nach einer möglichst geringen Steuer zu trachten, auf der andern Seite aber darf der Finanz-Minister die Bedürfnisse des Staates nicht zu gering anschlagen und so den Staat in Verlegenheit setzen. Ich habe aus diesem Grunde Anstoß genommen, schon dieses Jahr eine Einkommensteuer ein- und durchzuführen. Der Finanz-Kommission werden Haupt- und Spezial-Etats vorgelegt werden, sie soll ganz au fait gesetzt werden. — Es ist hier von der Vergangenheit der Finanz-Verwaltung die Rede gewesen, ich habe diese Vergangenheit übernommen und ich mußte überlegen, welche Verbesserungen einzuführen. Meiner Ansicht nach ist die Einführung der direkten Steuern eine wesentliche Verbesserung. Die Aufgabe der Verwaltung wird es sein, die durch die indirekten Steuern entstandenen Mängel zu beseitigen. — Die Domänen- und Forstverwaltung ist meiner Ansicht nach zu vereinfachen. Es war in den letzten 10 Jahren der Grundsatz angenommen, die Domänen nicht zu verkaufen, sondern sie zu verpachten. Meiner Ansicht nach sind die Forsten zu behalten, die Domänen aber müssen in die Bewirthschaftung freier Eigenthümer übergehen. (Bravo.) Womöglich müssen sie, in kleine Parzellen vertheilt, verkauft werden. (Bravo.) — Unter die Verwaltung meines Departements gehört auch die Seehandlung, welche in den ersten Dezennien dieses Jahrhunderts eine neue Organisation erlebte. Ihr Zweck war, der Hülfsbanquier des Staates zu sein, was das Betreiben von Privatgeschäften durchaus nicht ausschloß. Früher gehörten diesem Institute wenige Fabriken; in den letzten 6—7 Jahren aber hat es seinen früheren Standpunkt verlassen und etwa 5 Millionen Thaler in industriellen Unternehmungen angelegt. Ich habe wieder hierbei die Richtigkeit des Satzes: der Staat soll nicht mit der Privatindustrie konkurriren, gefunden. (Bravo.) Ich bin jetzt in einer peinlichen Lage. Ich kann die Seehandlung nicht sofort ihre Etablissements schließen und so viele Hunderte von Arbeitern brodlos werden lassen; andererseits sehe ich, daß dort mit Verlust gearbeitet wird. Sobald sich das Vertrauen wieder hergestellt hat, sobald wie der Kredit da sein wird, wollen wir die einzelnen Etablissements verkaufen. — Noch in den letzten Monaten hat das Institut dem Publikum durch Creditgewährung an solide Leute gute Dienste geleistet. Es sind ihm 1 Million Thaler Seitens des Staats zugewiesen worden. Die Ermächtigung des letzten vereinigten Landtages ist benutzt zur Ausgabe von 10 Millionen Rthl. Darlehnsscheine. — Was hinsichtlich des Staatsschatzes die Frage betrifft: ob späterhin wieder solches müßiges Geld gesammelt werden soll? so glaube ich, daß die Erörterung der Frage einer späteren Zeit angehört und daß die Kapitalien vielleicht in einer soliden Bank verwandt werden können. Vom Januar 1820 bis ultimo Juni 1840 sind 24 Millionen 400,000 Rthlr. in den Staatsschatz geflossen, so daß nach einer Ausgabe von etwa 12 Millionen, circa 12 Millionen Rthl. darin verblieben sind. 9 Millionen wurden der Bank zugewandt. Es dürfte, was die Verwaltung der Finanzen anbetrifft, auch in der neuen konstit. Form wenig zu verändern sein. Nur eine Vereinfachung ist nothwendig, und sie soll vor sich gehen. Mein Ministerium ist mit der Ausarbeitung des Budgets für das nächste Jahr beschäftigt. — Die Staatsschulden betrugen 1820 247 Millionen; bis 1847 waren 80 Millionen getilgt und im Augenblicke hat Preußen 126 Millionen Rthl. Schulden, eine Summe, sehr unbedeutend für die Größe eines Staates wie der uns'rige. Unsere Forsten allein haben einen größeren Werth. Wir sind also in die neue Zeit übergeganden mit einem guten Finanzzustande. Die alte Verwaltung hat uns die Mittel für die neuen Zustände hinterlassen. Der Genius des Volkes wird auch die gegenwärtige Schwierigkeit überwinden. (Heftiges Bravo).

Es werden einige Briefe formellen Inhalts verlesen und nächstdem erstattet Waldeck als Präses der Verf.-Commission Bericht. Er theilt mit: daß, während die Commission den einen Theil ihrer Aufgabe beendet habe, der andere (die politische Frage des Verfassungs-Entwurfs) über die Attribute der Kammer und des Königs noch zu beenden sei. Was die Preßfreiheit anbeträfe, so habe man dem vorgelegten Verfassungs-Entwurf noch Verschiedenes hinzugefügt, so daß der Mißbrauch derselben nur nach den Landesgesetzen zu bestrafen sei, nur dadurch beschränkt, daß die Polizei von großen Versammlungen im Freien in Kenntniß gesetzt werde. Die Kirche habe man als unabhängig vom Staate hingestellt, ebenso die Schule unabhängig von der Kirche. Der Volkswehr habe man freie Wahl der Führer bis zum Bataillonschef und der Landwehr bis zum Hauptmann gewährt. Man habe aber vor Allem das Princip aufgestellt, daß für den Soldaten kein anderes Gesetz, als für die übrigen Staatsbürger gelte. Jedoch habe man auch den Gesetzesvorschlag hingestellt, daß kein bewaffnetes Corps deliberiren dürfe. Was bei der Volkswehr die Wahl höherer Offiziere als Bataillons-Chefs beträfe, so habe man geglaubt, der Regierung das Recht einräumen zu müssen, aus 3 ihr vorgeschlagenen Kandidaten zu wählen.

Jacoby besteigt die Tribüne (es drängen sich eine Menge Redner, besonders von der Rechten, auf das Bureau des Präsidenten, um sich zum Reden zu melden, oder Amendements einzugeben, die Linke lacht heftig, ebenso entwickelt sich am Ministertische eine gewisse Heiterkeit): Ich glaube, daß die hiesige Versammlung schon durch ihre neuliche Abstimmung die Dringlichkeit des Gegenstandes anerkannt hat. Es scheint mir von großer Wichtigkeit, daß das Verhältniß Preußens und Deutschlands von der Versammlung offen und klar hingestellt werde. Die neulichen Worte des Ministeriums enthalten einen Vorbehalt, nach welchem dasselbe sich eben so gut gegen, wie für den Beschluß der Frankfurter Versammiung erklären konnte. Dieser Ansicht widerspricht die deutsche National-Versammlung selbst, einige deutsche Fürsten, so wie gewiß ein großer Theil des deutschen Volkes selbst. Das deutsche Parlament, aus Volkswahlen hervorgegangen, hält sich allerdings für befugt, rechtskräftige Beschlüsse, ohne Genehmigung der einzelnen Regierungen, zu fassen. Wem die deutsche Einheit mehr als Phrase, der muß auch die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung gelten lassen, ohne diese Rechtskräftigkeit von dem Willen einzelner Regierungen abhängig zu machen. Meine Herren! Ich gestehe der Frankfurter National-Versammlung das Recht zu, einen unverantwortlichen Reichsverweser zu wählen, aber ich mißbillige diese Wahl. Das deutsche Volk hat allerdings die alten Throne verschont, aber es ist nicht sein Wunsch: neue zu errichten. (Bravo v. d. Linken.) Abg. Schneider spricht gegen Jacoby's Antrag: die Versammlung sei nicht competent, über Beschlüsse der Frankfurter Versammlung abzuurteln. Er erklärt, daß er zwar im Prinzip die Republik für die beste Staatsform halte, ihre Einführung für jetzt in Deutschland aber für das größte Unglück ansehen würde. Die Frankfurter Versammlung habe ein unverantwortliches Oberhaupt wählen müssen, da sich eine monarchische Verfassung der Einzelstaaten nicht mit einer republikanischen Central-Verfassung vertragen könne. Abg. Waldeck: Nehmen Sie an, meine Herren, daß Preußen bis jetzt die Hegemonie Deutschlands inne hatte. Es ist unsere Aufgabe, der Einigkeit Deutschlands sie zu opfern. Wir sind allerdings nicht competent, über die Frankfurter Versammlung abzuurteln, aber Preußen, das Volk, das Jahrhunderte lang die Spitze Deutschlands, darf einen warnenden Zuruf an die Vertreter des deutschen Volkes ergehen lassen. Nur mit diesen Vertretern hat das Volk zu thun; es denkt noch an 1814 und 1830. — (Bravo von der Linken). Wollen wir unsere National-Versammlung von 34 Regierungen abhängig machen, wo bleibt dann die Einheit Deutschlands? Meine Herren, es ist keine Rede davon, daß das Oberhaupt ein monarchisches sein müsse, weil die einzelnen Staaten eine monarchische Verfassung haben. Bremen und Hamburg sind Republiken, ihre Bürgermeister müssen konsequent also sich nicht unter einen unverantwortlichen deutschen Reichsverweser stellen. (Heftiges Bravo.) Abg. Reichensperger ist gegen den Antrag: In Frankfurt traten die Republikaner mit offenem Visir in die Schranken, die hier aufgeworfene Frage ist auch dort aufgeworfen nnd sie ist entschieden. Wie in Frankfurt, so pflanzt auch hier die Republik ihr Banner auf. Meine Herren richten wir uns nach Frankfurt. — Jung: Wir sollen die Fürsten als Richter über die Errungenschaften des Märzes hinstellen, wir sollen uns wieder von ihnen zutheilen lassen, so viel oder so wenig ihnen gut dünkt. Die große Majorität in

Frankfurt hat die Souveränetät des Volkes anerkannt, selbst Radowitz und Welcker haben nur gewünscht, daß man eine gewisse Rücksicht gegen die Fürsten nehme. Nicht für die Kabinette, sondern für die Interessen des Volkes ist die Frankfurter Versammlung gewählt. — von Berg ist gegen den Antrag: die Frankfurter Versammlung theile mit den Regierungen die Souveränetät, vielleicht hat gerade die Regierungen durch jenen Vorbehalt unsere Rechte gewahrt (heftiger Beifall der Rechten, Zischen der Linken). Borchardt ist für den Antrag: das in Frankfurt angenommene System führe zu einem deutschen Kaiser, ein deutscher Kaiser aber zur Mediatisirung der deutschen Fürsten. „Die Centralgewalt ist ein Mandatar und ein Mandatar muß verantwortlich sein." (Bravo.) Simons ist gegen den Antrag, er sieht darin ein Ueberschreiten der Befugnisse. Würde der Antrag angenommen, so sehe er sich genöthigt, um mit sich selbst einig zu bleiben, sein Mandat niederzulegen. — Berends: Von Frankfurt erwartete man die kräftigste Stütze für die Souveränität des Volkes. Später hörte man das Wort „vereinbaren" allerdings auch in Bezug auf Frankfurt aussprechen. Das war jedoch ein Widerspruch zu dem ursprünglichen Bewußtsein. Hat unsere Regierung das Recht, Vorbehalte zu machen, so haben es auch die übrigen 37. Wo ist da Kraft und Einheit in Deutschland möglich? Man sagt uns, einen verantwortlichen Reichsverweser verlangen, heiße Republik verlangen. Jedem Verlangen ist man damit immer entgegengetreten. Die man anfänglich die Republikaner nannte, hießen später Anarchisten, ja man wollte noch weiter gehen, konnte aber kein Wort dafür finden. (Beifall zur Linken.) Nicht das freie Aussprechen der Meinung, der Mißbilligung ruft den Bürgerkrieg hervor, wohl aber das Unterdrücken der freien Meinungsäußerung. (Murren rechts.) — Ein ausführlich motivirtes Amendement von Bloem wird verlesen und findet Unterstützung. (Wir werden dasselbe morgen vollständig mittheilen.) — Zachariä: Gegen den Antrag spreche 1) die Natur der Versammlung, sie sei inkompetent und habe kein Mandat, Erklärungen abzugeben, was die Frankfurter Versammlung thut. Dieselben Wähler, die uns hierhergeschickt haben, haben auch ihre Vertreter nach Frankfurt geschickt. Ein Beauftragter kann nicht die Handlungen des anderen Beauftragten tadeln. Oder wollen wir in unserer Eigenschaft als Urwähler uns anmaßen, die Frankfurter Versammlung zu mißbilligen? 2) verbietet die Aufgabe der Versammlung, die gewünschte Erklärung abzugeben. Wären wir auch kompetent, wir würden sie nicht abgeben wollen. Wenn wir den Antrag verwerfen, so billigen wir damit nicht den Beschluß, gegen den er gerichtet ist. Wir erklären damit nur, daß wir keine Erklärung wollen. — Behnsch: In der Thronrede ist gewissermaßen eine Entschuldigung ausgesprochen, daß wir gleichzeitig mit der Frankfurter Versammlung zusammenberufen sind. Allerdings ist dieses ein Mißgeschick. Die Billigung des Vorbehaltes der Regierung sei vom Standpunkte der Versammlung aus eine Uebereilung (Murren rechts); vom Standpunkte der Regierung freilich gerechtfertigt. Andere Regierungen hätten sich noch stärker ausgesprochen. (Er verliest unter Unruhe die Erklärung von Hannover)*). Es heißt die Kronen mediatisiren, wenn man sie unter einen anderen Monarchen stellt. — Dunker: Wenn wir, die Vertreter von 16 Millionen, den Vertretern von 40 Millionen einen Tadel hinwerfen, so stärken wir damit nicht die Souveränetät der Frankfurter Versammlung, sondern wir schwächen sie. Wozu in unserer Zeit, wo die Gewalt der Thatsachen so außerordentlich ist, Erklärungen, welche den kühnen Griff der Frankfurter Versammlung in einen Rechtsboden pflanzen soll. Der Vorbehalt der Regierung ist nicht für die Gegenwart, sondern nur für Eventualitäten gegeben, an deren Eintreten die Regierung selbst nicht glaubt. Der Antrag ist ungeeignet und die deutsche Einheit gefährdend. — Nees v. Esenbeck glaubt darauf aufmerksam machen zu müssen, daß es sich hier gar nicht um die unphilosophischen Kategorien von Monarchie und Republik handele. Er stimmt für den Antrag. — Schulze (Delitzsch) spricht nur über den zweiten Theil des Antrages und bestreitet die Kompetenz der Versammlung. Er will in der Sache selbst den nationalen Standpunkt mehr berücksichtigt wissen. Die Bewegung nach deutscher Einheit sei erst vollendet, wenn sie dahin zurückgekehrt ist, von wo sie ausgegangen. Den Regierungen ein Recht zu Vorbehalten einzuräumen, sei mindestens bedenklich. Es tauche da die Idee des heiligen römischen Reiches auf, mit seinen Bedenklichkeiten, Vorbehalten und Verwahrungen. Was fürchten wir eigentlich von einer vorbehaltslosen Genehmigung des Frankfurter Beschlusses? Republik? Auflösung des preußischen Staates? Wäre dem Preußenthum die Wurzel abgestorben und Verwahrungen würden es nicht halten. Preußen hat eine feste Stellung, ein gutes historisches Recht. Ich denke, sie werden es wohl bestehen lassen. Möge man die Hegemonie, die man Preußen hat einnehmen lassen wollen, möge man es sie auch einnehmen lassen in der unbedingten Hingebung an Deutschland. — Er billigt den zweiten Theil des Antrags, schließt sich aber wegen der Inkompetenz der Versammlung dem Blöm'schen Amendement an. — d'Ester weist im Interesse des Antrags nach, daß derselbe nicht blos eine abstrakte Erklärung bezwecke, sondern eine praktische Bedeutung habe. Er ist hervorgerufen durch die Verwahrung des Herrn Minister-Präsidenten; diese zwingt uns, auf die materielle Frage einzugehen. Was die Competenzfrage anlangt, so ist die Versammlung berufen, ein kräftiges, glückliches, nach allen Seiten hervorragendes Preußen zu begründen. Viele Redner haben das Schreckbild der Republik heraufbeschworen. Hätten sie nur nachgewiesen, wie in dem verantwortlichen Reichsverweser die Republik liege. Wie vielseitig behauptet wird, sind wir hier, die konstitutionelle Regierung zu befestigen. Die Herren, welche die Souverainetät theilen wollen, müssen konsequent, wenn sie der Regierung das Recht zusprechen, Hoffnungen und Wünsche, und was noch mehr ist, Verwahrungen kund geben, auch uns das Recht einräumen, unsere Wünsche und Hoffnungen, unsere Mißbilligung auszusprechen. Eine Theilung des Antrags ist unzulässig.

Man ruft nach Vertagung der Debatte. Der Präsident eröffnet die Diskussion hierüber. Parisius vertritt den Antrag auf Vertagung, indem er bemerkt, die Hitze im Saale sei so drückend, daß er wenigstens nicht im Stande sei, seine Gedanken zusammenzufassen. Mehrere Stimmen widersprechen zwar der Vertagung; als jedoch der Präsident bemerkt, daß von 75 Rednern, die sich gemeldet, erst 14 das Wort erhalten hätten, wird dieselbe mit großer Majorität beschlossen und die nächste Sitzung auf morgen 10 Uhr anberaumt. — (Schluß der heutigen Sitzung halb 4 Uhr.)

*) Vergleiche in der gestrigen Bresl. Zeitung den Artikel „Hannover". Red.

Berlin, 11. Juli. [Amtlicher Artikel des Staatsanzeigers.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: den Staats-Minister Dr. Bornemann zum zweiten Präsidenten des geheimen Ober-Tribunals zu ernennen; die Funktionen des erledigten Chef-Präsidiums bei dem Ober-Landesgericht zu Münster dem dortigen Ober-Landesgerichts-Vice-Präsidenten v. Olfers einstweilen zu übertragen; den Staats-Anwalt bei dem Kriminalgericht zu Berlin, Temme, zum Direktor des genannten Ober-Landesgerichts; und den Staats-Anwalt bei dem Kammergericht, v. Kirchmann, zum Vice-Präsidenten des Ober-Landesgerichts zu Ratibor zu ernennen.

Abgereist: Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königlich hannoverschen, großherzoglich oldenburgischen, herzoglich braunschweigischen und fürstlich schaumburg-lippeschen Hofe, Freiherr von Schleinitz, nach Hannover. Der Generalmajor à la Suite Sr. Majestät des Königs, von Below, ist von Wien angekommen und nach Frankfurt a. M. wieder abgereist.

Berlin, 11. Juli. [Tagesbericht des Correspondenz-Bureau's.] Der Beschluß der Verfassungs-Kommission, die Schule nicht zur Staatsangelegenheit zu machen, hat die dem Lehrerstande angehörigen Mitglieder der Nationalversammlung veranlaßt, zu besonderen Berathungen über diese Frage zusammenzutreten. Zur Theilnahme an denselben wurden denkende Männer vom Schulfache, namentlich Diesterweg und der jetzt hier verweilende Gymnasialdirektor Kapp aus Hamm eingeladen. Auch einzelne geistliche Mitglieder der Nationalversammlung wohnten der Berathung bei. Diese hat zu dem Ergebniß geführt, daß die zur Bestreitung des Unterrichtsbedürfnisses erforderlichen Mittel bei der Annahme des Vorschlages, das Schulwesen zur Staatssache zu machen, nicht entgegenstehen können. Die Kommission hatte den Kostenaufwand auf 48 Millionen angenommen. Die von der Versammlung angestellten Berechnungen haben ergeben, daß jene Annahme übertrieben ist. — Der größere Theil der hiesigen Buchdruckereibesitzer hatte beschlossen, keine Anschlagzettel für oder wider Maßregeln der Regierung mehr zu drucken, damit nicht Preßprozesse in dieser ausgedehntesten Oeffentlichkeit die National-Versammlung zum Erlaß eines zu strengen Preßgesetzes provociren. Natürlich hat dieser Beschluß große Indignation erregt. Dies hat die Folge gehabt, daß ein großer Theil von Buchdruckereibesitzern sich jetzt von demselben lossagen und der Abgeordnete Berends, Mitbesitzer der Offizin von Eduard Krause, erklärt heute, daß er die für den Beschluß angeführten Gründe nicht anerkenne, und fortfahren werde, zur Richtschnur seiner Handlungen nur seine Ueberzeugung zu nehmen. „Es wäre auch endlich traurig, — fügt er hinzu, — wenn an die Stelle der endlich begrabenen Censur eine andere durch die Buchdrucker selbst ausgeübte treten sollte." Uebrigens hege er zu der National-Versammlung das Vertrauen, daß sie die durch Blut erkaufte Freiheit der Presse nicht durch ein Preßgesetz verkümmern werde. — Der konstitutionelle Klubb hat eine Adresse an die Nationalversammlung in Frankfurt gerichtet, um Namens Preußen die Versicherung zu geben, „daß wir jedes Opfer, das sie uns ferner zum Besten unseres großen Vaterlandes zumuthen möchte, so viel an uns ist, mit Freudigkeit darbringen werden." — Nach der „Locomotive" wird in diesen Tagen auch das Garde-Dragoner-Regiment, dasselbe, welches am 18. März Nachmittags das Mißverständniß des Einhauens begangen hat, hier einrücken. — Der Abgeordnete Nees v. Esenbeck äußerte neulich im Volksklubb, in 4 Wochen werde es sich entschieden haben, ob die Demokratie siegen oder die alten Zustände wieder zurückgeführt werden würden. — Der patriotische Verein, welchem von namhaften Personen der geh. Rath Ulrich, der Prof. v. Henning und der Prof. Huber angehören, wird jetzt zur Veröffentlichung seiner Beschlüsse und belegenden Aktenstücke ein Central-Organ gründen. — Die hiesige Bürgerwehr hat die von ihr ausgegangenen Gesuche wegen Organisirung einer Bürgerwehr-Artillerie wieder aufgenommen. Sollte der der Nationalverf. vorgelegte Entwurf einer Bürgerwehrordnung Gesetzeskraft erlangen, so würde die Bürgerwehr von ihrer Forderung wohl abstehen, da sie sonst auf ihre Kosten die Kanonen beschaffen müßte. Denn der § 57 des Entwurfs verordnet: „Für die Dienstbekleidung, ... für die Dienstzeichen und für die Waffen muß jedes Mitglied der Bürgerwehr auf eigene Kosten sorgen." — Die Berliner kämpfen jetzt sogar ihre Geschäfts- und Privatstreitigkeiten durch Maueranschläge aus. So ist heut ein Plakat erschienen, in welchem der frühere Redakteur der Vossischen Zeitung, Dr. Friedenberg, mit seinem früheren Mit-Redakteur Herrn Rellstab eine Privatfehde ausmacht. — Während der heutigen Verhandlung in der Sing-Akademie war die Hitze im Saale so drückend, daß eine Selbstauflösung der Versammlung hätte erfolgen müssen, wenn nicht die Vertagung beschlossen worden wäre. Ein großer Theil der Mitglieder hatte, ungeachtet der Wichtigkeit der Debatte, den Saal verlassen und sich nach den Bureaus und dem Buffet begeben. Die Zurückgebliebenen boten ein Bild vollständiger Ermattung. Nicht einmal zu den sonst so beliebten Beifalls- oder Mißfallsbezeugungen konnten sie sich ermannen und nur als der Präsident die Eröffnung machte, daß 75 Redner sich gemeldet und erst 14 das Wort genommen haben, gab das Entsetzen über die Langwierigkeit der bevorstehenden Debatte ihnen neue Kraft, sich zum Beschlusse der Vertagung zu erheben. — Die Verhaftungen, die nach den Angaben mehrerer Blätter neulich beim Hereinziehen des Militärs stattgefunden haben sollen — ihre Zahl wurde auf 22 angegeben — scheinen nur polizeilicher Natur gewesen zu sein. Wenigstens ist (nach dem Publizisten) bei dem Criminal-Gericht und der Staats-Anwaltschaft nichts davon bekannt. Dagegen sind verschiedene neue Anklagen im Werke. Namentlich gegen solche Personen, welche durch Feilhalten von Branntwein und Lebensmittel bei den Volksversammlungen oder durch Verkauf von Flugschriften die Vorschriften der Hausirgesetze übertraten. — Auch dem Justiz-Kommissarius Lessing, als Eigenthümer der Vossischen Zeitung, steht eine Untersuchung bevor, weil er die unentgeltliche Aufnahme der Widerlegung eines gegen die Regierung zu Merseburg in seiner Zeitung enthaltenen Artikels verweigert hat. — Die Untersuchung in der Zeughaussache hat ergeben, daß die drei Männer in grünen Blusen, die nach dem Bericht des Staats-Anwalts die Schüsse aus den Reihen der Bürgerwehr gethan haben, drei hiesige Büchsenmacher sind. Sie behaupteten, daß bei ihrer Ankunft am Zeughause mehrere Schüsse aus dem Volke gefallen seien, durch welche der Eine von ihnen eine Verletzung am Beine erhalten habe. Auch gegen sie ist die Anklage eingeleitet. Eben so gegen zwölf Personen, die bei dem Einbruch in das Haus des Kaufmanns Benda sich betheiligt hatten.

Berichtigung. Irrthümlich ist in dem gestrigen Bericht bei Erwähnung der veränderten Linie der Ostbahn die durch diese Veränderung verursachte Mehrausgabe statt auf 350,000 Thaler auf 3,500,000 Thaler angegeben.

△ **Berlin, 11ten Juli.** [Lage Oesterreichs. Volksversammlung. Hansemann.] Man hat hier zuverlässige Berichte aus Wien, welche die letzte dortige Minister-Katastrophe in ihrer wahren Ursache schildern. Diese Ursachen laufen darauf hinaus, daß eine große Rathlosigkeit der überhand nehmenden inneren Auflösung gegenüber an denjenigen Stellen herrscht, wo lediglich nur noch systematische Energie helfen könnte. Wir sagen beziehungsreich an denjenigen Stellen, denn der Hof regiert ebenfalls nach wie vor, und eine kaum mehr zu umgehende Finanzkrisis schärft die Uebel, die täglich, namentlich in den Provinzen, eine herbere Gestalt annehmen. Die Friedenshoffnungen in Bezug auf Italien waren wieder in den Hintergrund getreten, die czechische Bewegung drohte mit erneuter Wuth loszubrechen und die sonderbaren Ereignisse in den Donauprovinzen stehen in engster Verbindung mit einer dort sich vorbereitenden Katastrophe, die Oesterreich im nächsten Interesse Deutschlands sehr ernste Pflichten auflegen werden, zu deren durchgreifender Erfüllung aber die Mittel fehlen. Dieß ein flüchtiges Bild, von sehr kompetenter Hand entworfen. — Wir hatten gestern eine Volksversammlung, welche, Dank sei es dem bereits er-

wähnten Plakate des Herrn Polizei-Präsidenten, die zahlreichste war, die hier bisher stattgefunden. Die Einigkeit Deutschlands war das Thema von Reden, welche die Herren Jung, Graf Pfeil, Lewinson, Ottensoffer, Schramm und Bauer hielten; Tische waren ausgestellt, auf denen die Petition zu Gunsten des Einkammersystems auslag. — Im Ganzen nahm das Publikum und wohl auch die in diesen Stücken kompetente Börse die heutige wichtige „Beichte" des Herrn Hansemann günstig auf, obschon er in ziemlich lebendiger Weise große, dem Lande aufzuerlegende finanzielle Opfer in Aussicht stellte. Daß die Regierung den Plan habe, allmälig die Domainen freien Eigenthümern zuzuweisen und zwar in Parzellen — erregte die beifällige Zustimmung der Versammlung. Daß von 1820—40 nur 24,400,000 Rthlr. in den Staatsschatz abgeliefert, dagegen 12,250,000 Rthlr. verausgabt seien — zerstört freilich manche goldene Illusion, die trübseligsten Feinde grade auf diesem Gebiete. Herr Hansemann schloß mit einer förmlichen Apotheose der alten, preußischen Staatshaushaltung — eine Anerkennung, die in seinem Munde freilich eine ganz eigenthümliche Bedeutung hat. Mit unnachahmlicher Ironie meinte er: ob man in Zukunft einen Staatsschatz ansammeln wolle und werde, lasse er unerörtert.

Berlin, 10. Juni. [Bakunin. Polen-Verein. Arago. Bettina.] In einer politisch aufgeregten Zeit fehlt es nie an persönlichen Verdächtigungen; wenn man dem Prinzip nicht beikommen kann, greift man die Person an. Das ist nun zwar eine so alte Taktik, daß sich kaum mehr der Dilettantismus in der Politik dadurch irre machen läßt, und dennoch zeigt sie sich noch immer wirksam. Die neue Rheinische Zeitung läßt sich von Paris aus schreiben, der in Ihrer Mitte lebende russische Schriftsteller Hr. Bakunin sei ein bezahlter Agent der russischen Regierung; die George Sand habe darüber die unzweideutigsten Beweise in den Händen. Es ist wunderbar, daß keiner der Herren von der rheinischen Zeitung diese Lüge durchschaut hat. Die russische Regierung hat diese Verdächtigung Bakunins vom Stapel gelassen und unsere gutmüthigen deutschen Demokraten blasen frischen Wind in die Segel dieser Verdächtigung. — Die Polen wollen jetzt endlich den Weg der Conspiration verlassen und für ihre Nationalität durch legale Agitation wirken. Von mehreren hier anwesenden polnischen Deputirten und Freunden der polnischen Sache ist der Plan zu einem großen Vereine entworfen worden, der wo möglich sämmtliche Polen in seinen Schoß aufnehmen soll. Jedes Mitglied dieser nach der der englischen Vereine gebildeten Sozietät zahlt einen jährlichen Beitrag von 5 Sgr. Es soll hauptsächlich das nationale Bewußtsein erweckt, gehoben und gekräftigt werden, namentlich durch die Presse und durch Volksversammlungen. Wie wir hören, steht Dr. Kraszewski, Graf Cieszkowski und der Deputirte für Conitz, Syndikus Pokrzywnicki an der Spitze. Auch der Domherr Karl Richter, ein geborener Rheinländer, und früher Gymnasialdirektor in Culm a. d. Weichsel, der hier an der äußersten Linken sitzt, interessirt sich für den Verein. — Das Verbot der Volksversammlungen unter freiem Himmel hat hier eine überaus heftige Aufregung hervorgerufen. Ein sehr unglückliches Debüt unseres neuen Polizeipräsidenten! Die Volksversammlungen unter den Zelten waren recht eigentlich unsere politischen Blitzableiter; manches drohende Gewitter hat sich in ihnen entladen, manche finstere Wolke grollenden Unmuths wurde durch sie zertheilt. Man beruft sich auf Bestimmungen der künftigen preußischen Verfassung! Daß man die „Gesetze" der Vergangenheit anzog, wenn es galt, einen Streich durchzuführen, daran waren wir schon gewöhnt, daß man jetzt aber sogar schon die Zukunft citirt, das ist neu, das steht einzig da in der Geschichte des konstitutionellen Lebens „auf breitester Grundlage." — Die Gerüchte, der Gesandte der französischen Republik, Herr Arago, werde abberufen werden, beruhen lediglich auf Intriguen des früheren Botschafters Circourt, eines unter russischem Einflusse thätigen Reaktionärs. Arago bleibt jedenfalls noch lange Zeit hier. Er sucht mit hervorragenden Mitgliedern der Linken Bekanntschaft anzuknüpfen und zeigt sich für deutsches Leben überhaupt sehr theilnehmend. Bettina — deren täglicher Gast Herr Arago ist — arbeitet an einem Buche über die Polen. Sie hatte das Werk schon mehrere Male druckfertig, da kamen aber stets unvorhergesehene politische Ereignisse, welche Berücksichtigung bei der Behandlung des Themas erheischten. Sie war also immer wieder zu einer Umarbeitung gezwungen.

Berlin, 11. Juli. [Gerüchte. Aussichten für die Angeschuldigten Urban, Korn, Sigrist und Löwinson. Der Kaiser von Rußland und Windischgrätz.] Ein beängstigendes Gerücht geht durch die Stadt: um den 15ten herum sollen die Reliefs des modernen Berlin, die stabilen und ambulanten Straßen-Buchhandlungen ausgekehrt, die permanenten Klubbs unter den Linden und an der Singakademie gesprengt, die fliegenden und Freikorps entwaffnet und das Verbot der Volksversammlungen unter freiem Himmel in Ausführung gebracht werden. Erweist man sich als ungläubig, sagt man: das sind ungegründete Besorgnisse, wie sie jetzt überall aufbrodeln — so hört man eine ganze Litanei von Thatsachen herzählen, die als Einleitungen zu diesem Coup gelten sollen. Die Mitglieder des demokratischen Centralausschusses haben nur Aufenthaltskarten bis zum 15. Juli erhalten; Berlin wird immer mehr mit Militär angefüllt; in Charlottenburg liegt das zweite Garderegiment; die beiden hier eingerückten Bataillone des 12. Regiments sind von ihren Commandeurs haranguirt und als Wiederhersteller der Ruhe und Ordnung bezeichnet worden — „das bedeutet was, das sind die Vorboten der Reaction." So wird man bedeutet. Wir überlassen es den Lesern, diese Gründe anzuerkennen oder nicht. — Morgen findet der Audienz-Termin in der Untersuchungssache gegen Urban, Korn, Sigrist und Löwinson statt. Bei den Vertheidigern der Angeklagten haben sich viele Entlastungszeugen freiwillig gemeldet. So sind namentlich für Korn nahe an 30 Zeugen namhaft gemacht worden, welche die Anklage des Staatsanwalts entkräften wollen. Trotzdem stellt man den Incriminirten kein günstiges Prognostikon. — Man spricht hier davon, daß der Kaiser von Rußland an den Fürsten Windischgrätz ein Gratulationsschreiben gerichtet habe. Ich denke, das wird manchen, der bis jetzt Windischgrätz als Helden pries, die Augen öffnen. Wer sich über die Prager Ereignisse ein unparteiisches Urtheil bilden will, den verweisen wir auf eine dieser Tage erschienene Broschüre von Dr. Karl Malitz. (Mannheim bei J. P. Grohe.)

[Preußischer Konsul in Kopenhagen. — Gesetz-Entwurf. — Die Studenten und Herr Lachmann. — Mannigfaltiges.] Wir eilen, den Lesern folgende wichtige, uns aus sehr sicherer Quelle zugehende Nachricht mitzutheilen: „Es ist eine telegraphische Depesche nach Antwerpen abgegangen, worin dem dortigen Konsul Herrn Philippsborn aufgegeben wird, sich Angesichts der Depesche unverzüglich als **preußischer Konsul nach Kopenhagen zu begeben, da der Waffenstillstand dänischer Seits ratifizirt sei.**" Es soll dies unter englischer Garantie geschehen und sogar ein Friedensabschluß unter sehr befriedigenden Bedingungen in Aussicht gestellt sein.

Der mehrfach erwähnte Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatze des bei öffentlichen Aufläufen verursachten Schadens, ist mit einer vom 6ten d. M. datirten königl. Botschaft an die National-Versammlung abgegeben. Bei der Wichtigkeit, welche dieses Gesetz in den gegenwärtigen Zeitläuften für alle Communen, und insbesondere die unserige, hat, lassen wir es unverkürzt folgen:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. ꝛc., verordnen über den Ersatz des bei den öffentlichen Aufläufen entstehenden Schadens auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums und mit Zustimmung der zur Vereinbarung der Verfassung erwählten Volksvertreter, was folgt: § 1. Finden bei einem Zusammenlaufe von Menschen durch offene Gewalt oder durch Anwendung gesetzlicher, zur Zerstreuung der Menge getroffener Maßregeln, Beschädigungen des Eigenthums oder Verletzungen von Personen statt, so haftet die Gemeinde, in deren Bezirk diese Handlungen geschehen sind, für den dadurch verursachten Schaden. — § 2. Die im § 1 festgestellte Verantwortlichkeit tritt nicht ein, wenn die Beschädigungen durch eine von Außen her in den Gemeindebezirk eingedrungene Menschenmenge stattgefunden haben und in diesem Falle die Einwohner des letztern zur Abwehr des Schadens erweislich außer Stande gewesen sind. — § 3. Im Falle des § 2 liegt die Entschädigungspflicht der Gemeinde oder den Gemeinden ob, auf deren Gebiet die Ansammlung, oder von deren Bezirk aus der Ueberfall stattgehabt hat, es sei denn, daß auch diese Gemeinden erweislich nicht im Stande gewesen wären, den verursachten Schaden zu verhindern. — § 4. Bezüglich der Entschädigungspflicht derjenigen Personen, welchen eine solche nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze obliegt, wird durch vorstehende Bestimmungen nichts geändert. Der Gemeinde, welche ihrer Entschädigungspflicht Genüge geleistet hat, steht der Regreß an die für den Schaden nach allgemeinen Grundsätzen Verhafteten zu. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königl. Insiegel. — Sanssouci, den …

Am Sonnabend fand eine Studenten-Versammlung in der Aula statt, um über die bekannte Angelegenheit zwischen den Professoren Franz und Lachmann zu berathen. Nach lebhafter Debatte beschloß man eine mißbilligende Adresse über das Verhalten des Hrn. Lachmann. Der Unwille der Studirenden gegen Hrn. Lachmann soll sich auch dadurch kundgegeben haben, daß man seinen Namen auf einigen Lektionsverzeichnissen, welche bekanntlich an den Thüren der Hörsäle angeschlagen sind, verlöschte und Reaktionär darunter schrieb. Die Mitglieder des von ihm geleiteten philologischen Seminars sollen dasselbe seit einigen Tagen nicht besucht haben. Wir können nicht umhin, zu bemerken, daß diese unzweideutigen Zeichen einer sehr gereizten Stimmung der Studentenschaft durch die Antwort vermehrt zu sein scheinen, welche Herr Lachmann gegen Hrn. Franz veröffentlicht hat. Denn, ohne weiter auf die Details derselben einzugehen, erhellt daraus, daß die strafenden Stimmen der Presse auf die reaktionären Gesinnungen der gelehrten Professors von ziemlich geringem Einfluß gewesen sind. Will man dies als Consequenz rühmen, so ist es jedenfalls eine bedauerliche. — Dem Hrn. Franz hat die Studentenschaft bereits in der vorigen Woche eine Deputation gesandt, um ihm, den persönlichen Angriffen des Hrn. Lachmann gegenüber, eine Ehrenerklärung zu geben, und ihn der aufrichtigsten Sympathien für die von ihm ausgesprochenen Gedanken zu versichern.

Im Laufe der Woche werden die Schutzmannschaften oder Constabler, 1000 an der Zahl, in Thätigkeit treten. Es hatten sich über 8000 zu diesem Dienst gemeldet, und nur 2000 können angestellt werden. Alle müssen auch medizinisch untersucht werden, was immer sehr zeitraubend ist. Ihr nächster Beruf wird darin bestehen, die Straßen und öffentlichen Orte von Bettlern zu säubern und überhaupt die in den letzten Zeiten verabsäumte Ordnung der Straßen wieder herzustellen. — In der Sitzung des Kriminal-Senats des Kammer-Gerichts vom 4. d. M. ist der Steueraufseher Scholler, wegen fahrlässiger Tödtung des Böttchermeisters Löchel, aus der Dresdener Straße, auf dem Schießstande der Bürgerwehr in der Hasenheide, zu einer viermonatlichen Gefängnißstrafe verurtheilt. Diese verhältnißmäßig gelinde Strafe ist angewendet, weil sich in der mündlichen Verhandlung herausstellte, daß die Vorsichtsmaßregeln am Schießstande überaus mangelhaft getroffen waren. — Am Sonntage ist die 6te Kompagnie des 12ten Regiments, welche noch zurückgeblieben war, hier eingetroffen. Sie wurde am Frankfurter Eisenbahnhof durch den Kommandeur der Bürgerwehr, Major Rimpler, und ein Detachement derselben empfangen und feierlich nach der Kaserne geführt. — Gestern fand eine Einschiffung von Feldartilleriematerial, insbesondere von 60 Geschützen von hier nach Magdeburg statt. Die Einladung derselben ging den ganzen Tag über unter Aufsicht einer Abtheilung Bürgerwehr ohne Störung vor sich. (Voss. Z.)

[Die Polizei. — Die Stadtverordneten.] Der Sicherheits-Ausschuß hat an den Polizei-Präsidenten die Aufforderung gerichtet, jetzt endlich die Zügel der Polizeigewalt, mit deren Ausübung sich bis jetzt die Kommunal-Behörden hätten befassen müssen, wieder in die Hand zu nehmen, damit die Kommunal-Behörden in ihre eigentliche und wirkliche Stellung zurücktreten könnten. Der Präsident hat dieser Aufforderung Genüge zu leisten versprochen. — Die Angelegenheit der Herbeiziehung des 12. Regiments und ihrer Folgen ist dadurch in ein neues Stadium getreten, daß der Stadtverordneten-Vorsteher Seidel bei der Versammlung beantragt hat, ein Anerkennungsschreiben an den Kommandeur, so wie an die Bataillone, welche für die Aufrechterhaltung der Ordnung bei dieser Angelegenheit gewirkt, zu erlassen. Die Versammlung genehmigt dies und nach größerer Debatte über die Fassung wird folgendes Schreiben von den Stadtverordneten Schäffer und Springer entworfen, und darauf angenommen: „Ew. Hochwohlgeboren hat den aus Anlaß des Einrückens einiger Truppen in unsere Stadt am 7. d. Mts. stattgehabten Unordnungen in so energischer und umsichtiger Weise zu begegnen gewußt, daß wir uns für verpflichtet halten, Ihnen dafür unseren Dank zu sagen. Wir ersuchen Sie zu gleicher Zeit, diesen unseren Dank den Bataillonen, welche Ihren Anordnungen so bereitwillig Folge geleistet und auf diese Weise zur Herstellung der Ruhe so wesentlich beigetragen haben, gleichfalls in unserem Namen auszusprechen." (Z.-H.)

* Posen, 11. Juli. [Die Bekanntmachung des kommandirenden Generals. Zerwürfnisse unter dem Militär und den Bürgern. Die Bande bei Wreschen. Bewegung unter den Arbeitern.] Die Bekanntmachung des kommandirenden Generals von Brünneck vom 8. d., daß er nur die zur Zeit hier schon bestehenden politischen Gesellschaften dulden, nicht aber in die Bildung neuer willigen werde, (s. vorgestr. Bresl. Z.) macht hier viel von sich sprechen, weil man auf der einen Seite nicht weiß, gegen wen eigentlich dieses Verbot gerichtet ist, auf der andern aber dem General nicht das Recht zugestehen will, einseitig ein dem Volke vom Könige garantirtes allgemeines Recht zu suspendiren, oder es nur für einen Theil der Bevölkerung gelten zu lassen. Der Herr von Brünneck stützt sich dabei auf den noch nicht aufgehobenen Belagerungszustand der Stadt. Allein wir müssen dabei wohl fragen, was hat die Erklärung der Stadt in den Belagerungszustand nothwendig gemacht? Nur wenn das Verhalten der Bewohner Veranlassung dazu wäre, könnte dadurch vielleicht die Suspension des Versammlungsrechtes gerechtfertigt werden; allein die Bewohner Posens im Allgemeinen haben sich zu allen Zeiten friedlich verhalten, so daß wir den Zustand der Provinz, nicht den der Stadt als Ursache betrachten müssen. — Die Spannung zwischen dem 8. (Leib-) Infanterie-Regiment einerseits, und dem 18. und 7. Regiment andererseits nimmt immer mehr zu. Die Versetzung dieses Regiments dürfte daher dringend nothwendig sein. Auch unter

den deutschen Bürgern brechen Zwistigkeiten aus, die beweisen, wie locker das Band ist, das Beamten, Deutsche und Juden bisher verband. Die Bürger namentlich sehen ein, daß sie durch die Entwerthung der Grundstücke den Lohn ihrer lebenslangen sauern Arbeit verlieren, und so beschuldigen denn die Deutschen die Juden, sie zu Unrecht gegen sich selbst und andere verleitet zu haben, und umgekehrt die Juden die Deutschen. — In der Gegend von Wreschen hat sich — eine Räuberbande kann man nicht gradezu sagen — aber eine Erpresserbande aus dienstlosen Bedienten, Wirthschaftsschreibern und dergleichen gebildet, welche durch Drohungen die Bewohner von Wreschen und die Gutsbesitzer der Umgegend zur Lieferung ihrer Bedürfnisse zwingen, indem sie mit Brand und Plünderung drohen, wenn man ihnen ihre Kontributionen nicht an gewisse Stellen hinliefere. — Unsere Eisenbahnarbeiter feiern seit gestern; sie verlangen höhern Tagelohn. Man hört überhaupt, daß unter den Arbeitern in der Provinz sich ein gefährlicher Geist verbreite, der durch aus Berlin angekommene Arbeiter, welche ihre neuen Genossen über die Zustände und Kämpfe in Berlin aufklären, geweckt und genährt wird. Dieser Geist soll sich auch den Bewohnern der kleinen Städte und Dörfer mittheilen. — In Grätz sind vorgestern Abend 60 Gebäude abgebrannt.

Rawicz, 5. Juli. [Aufstand der Züchtlinge in der Strafanstalt.] Gestern Abend zwischen 9 und 10 Uhr machten die Züchtlinge der hiesigen Strafanstalt, gegen 600 an der Zahl, einen Versuch zum Ausbrechen. Die stehenden Posten daselbst wurden dies bei Zeiten gewahr und die schnell herbeigeeilten übrigen Mannschaften der Zuchthauswacht, vereint mit einigen der Aufseher der Anstalt, verhinderten das gewaltsame Aufsprengen der großen Hausthür des Hauptgebäudes, indem durch das in der Thür befindliche Loch einer der Gefangenen-Aufseher, sein Gewehr anschlug und so den Anführer, einen sehr gefährlichen Verbrecher, der es versuchen wollte, das Gewehr am Bajonnet in das Innere des Flurs zu ziehen, niederschoß. — Von der Zuchthauswacht wurde sofort Allarm geblasen und an den Hauptmann von Dandelski die nöthige Meldung gemacht. — Derselbe verfügte sich sofort auf die Hauptwacht und ließ die Tambours zur Aufnahme des Allarm-Signals rufen, beorderte den Pr.-Lieut. Wocke mit der Mannschaft der Hauptwacht nach der Strafanstalt, wo dieser sogleich den innern Hofraum besetzte. Ein Reserve-Corps, verbunden mit der Bürgerwehr, stellte sich außerhalb der Mauern der Anstalt auf. Inzwischen hatte der Pr.-Lieut. Wocke durch mehrmaliges Feuergeben auf die aus den Fenstern und Dächern mit Dachziegeln, Webebäumen, Eisenstangen ꝛc. werfenden Rebellen deren Rückzug erzwungen und die Gefangen-Aufseher erklärten sich nun bereit, in Begleitung von Soldaten in das Innere des Hauptgebäudes zu dringen. Der Lieutenant Altmann mit circa 40 Mann, die allmälig auf 80 Mann verstärkt wurden, drang in Sectionsbreite in das Gebäude; die Rebellen zogen schnell in die oben gelegenen Schlafgemächer. Bei dem behutsam vorgenommenen etagenweisen Absuchen der Gemächer wurden noch 2 der Züchtlinge versteckt und der die Nachtwacht habende Aufseher total zerschlagen vorgefunden, an dessen Wiederaufkommen bis jetzt von den Aerzten gezweifelt wird. — Nachdem die Rebellen bis in ihre Schlafsäle zurückgedrängt waren, zeigte es sich, daß die eine Thüre des großen Schlafsaales mittelst Durchsägen der Thürpfosten gewaltsam aufgebrochen und die übrigen Gemächer durch Nachschlüssel geöffnet und theilweise gesprengt waren. — Später stellte sich heraus, daß außer dem oben erwähnten und von vorn herein erschossenen Anführer der Rebellen noch einem anderen in dem Augenblicke, wo er vom Dache herab, Ziegel warf, von einem der Soldaten der Arm durchschossen worden und ein 3. einen Bajonnettstich ins Bein erhalten hat. — Außer einigen unbedeutenden Steinwürfen hat das Militär keine Beschädigung erhalten, und nachdem die Ruhe gegen 1 Uhr wieder hergestellt war, wurde dasselbe bis auf einen Unteroffizier und 20 Mann, die zur Verstärkung der Wache zurückblieben, entlassen. Diese Verstärkung muß so lange statthaben, bis die zersprengten Thüren und Schlösser wieder reparirt sind. (Pos. Z.)

Köln, 8. Juli. [Camphausen Reichsminister.] Nach zuverlässiger Mittheilung hat das Centrum der Reichsversammlung in Frankfurt einen Deputirten an Camphausen gesandt, um ihn zu fragen, ob er Präsident des Reichs-Ministeriums werden wolle. Camphausen soll sich darauf zur Annahme des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten bereit erklärt haben. — Seit der Verhaftung von Gottschalk und Annecke scheint hier eine größere Ruhe einzutreten. (Nat. Z.)

Koblenz, 7. Juli. [Die Festung Ehrenbreitstein. Maßregeln gegen Hecker. Die Tann'sche Freischaar. Abschaffung der Titulaturen.] Die Feste Ehrenbreitstein ist nun vollständig armirt; alle Geschütze sind an ihren Plätzen. General-Lieutenant von Scharnhorst wird solche zu dem Ende dieser Tage inspiziren; an der Armirung der übrigen Werke wird sehr thätig gearbeitet. — Wie ich aus guter Quelle weiß, werden für den Fall, daß Hecker einen zweiten Einfall in Deutschland vornehmen sollte, Truppen in der Rheinprovinz zum Entgegenrücken bereit gehalten und dürften zu dem Ende wohl bald noch ansehnliche Truppenmassen nach der südlichen Grenze unserer Provinz vorgeschoben werden. — Von der in Neuwied angehaltenen und entwaffneten Abtheilung der v. d. Tann'schen Freischaar ist gestern ein Offizier nach Frankfurt a. M. abgereist, um gegen das Verfahren der diesseitigen Behörde beim Parlament Beschwerde zu führen. Auch der hiesige Handwerkerverein beabsichtigt eine Deputation an das Parlament abzuschicken, welche daselbst die Interessen des Handwerkerstandes mit Nachdruck vertreten soll. — Der hier entstandene Verein zur Abschaffung des veralteten Titelwesens, erfreut sich allenthalben in Deutschland einer sehr regen Theilnahme und bei den hiesigen Buchhandlungen ist viele Nachfrage nach Papier mit den Köpfen, wodurch man seinen Beitritt zum Vereine bekennt. Auch wird die hiesige Regierung, wie ich weiß, die Beamten ihres Ressorts anweisen, alle die alten Titulaturen wegzulassen. (Düsseld. Z.)

*** Arnstadt**, 10. Juli. Die gestrige Volksversammlung bei Eischleben im Gothaischen hat keine Störungen veranlaßt, dagegen hört man, daß im Weimarschen, dergleichen von Erfurt ausgehende größere Volksversammlungen auf erheblichen äußeren Widerstand stoßen dürften. Im preußischen Gebiet hat noch keine dergleichen stattgefunden, und dürfte auch namentlich im Flachlande nicht hinreichenden Anklang finden.

*** Erfurt**, 10. Juli. **Heute zwischen 2 und 3 Uhr passirte der Erzherzog Johann die Festung Erfurt.**

Krieg mit Dänemark.

Altona, 10. Juli. Gestern und vorgestern wurden hier fernere Verstärkungen (Reserven) für die preuß. Armee im Herzogthum Schleswig erwartet. Doch sind dieselben auch jetzt (11 Uhr Vormittags) noch nicht eingetroffen. — Dagegen langte hier heute ein kleines Kommando preuß. Soldaten an, die aus Spandau Reserven zu holen bestimmt sind. — Während der jüngstverflossenen Tage kamen hier zahlreiche höhere und Subaltern-Offiziere, meist Preußen und Schleswig-Holsteiner, auf 3—14tägigen Urlaub hier an und durch. — Die schleswig-holsteinische Artillerie (6 Zwölfpfünder), nach andern Berichten von 2 Kanonen des von der Tann'schen Corps unterstützt, hat bei Arröesund dem mit 4 Kanonen armirten dänischen Dampfschiff „Iris" zwei Schüsse beigebracht. Der erste traf den Räderkasten, der zweite den Kessel des Schiffes, welches sofort von der Mannschaft, die sich aufs Land begeben hat, verlassen worden ist und vielleicht von den Deutschen wird ans Ufer gezogen werden können. (B. H.)

Hamburg, 11. Juli. Mehrere Privatbriefe aus Berlin vom 8. und 9. melden übereinstimmend als zuverlässig, daß nun auch preußischer Seits der Waffenstillstand mit Dänemark ratifizirt worden sei. Näheres über die Bedingungen hatte indessen noch nicht verlautet. Vorgestern ist ein Kourier von Berlin durch Altona gekommen, welcher dem Vernehmen nach die nöthigen Instruktionen an General Wrangel überbringt. (B.-H.)

Stockholm, 4. Juni. Der preußische Kammerherr und zum Gesandten bei der Pforte ernannte Hr. v. Pourtales, der in besondern Aufträgen des preußischen Hofes in Malmö angekommen, hat dort vorige Woche Audienz beim König gehabt. Graf Plessen, der dänische Minister, ist am 28. v. M. nach Kopenhagen abgereist; dagegen ist am 30. der dänische Minister des Auswärtigen, Graf Knuth, in Malmö angekommen und der dänische General Oxholm hat sich gleich nach der Rückkehr von seiner Petersburger Mission von Kopenhagen nach Malmö und nach der Audienz beim Könige Oskar wieder nach Friedericksborg, wo Friedrich VII. von Dänemark residirt, zurückbegeben. — Der schwedisch-norwegische Minister in London hat den in englischen Diensten stehenden schwedischen und norwegischen Offizieren den Rath ertheilt, sich in ihre Heimath zu begeben und scheint also die Aussichten am politischen Horizont für bedrohlich zu halten. — Am 27. v. M. kamen in Malmö 24 Kanonenschaluppen an. — 700 Mann von den norwegischen Regimentern Aggerhuus und Christiania sind in Malmö eingetroffen.

Deutschland.

Leipzig, 10. Juli. Der Reichsverweser Erzherzog Johann traf gegen 3 Uhr in Begleitung unsers Königs unter großem Jubel der unzähligen Menschenmenge, Läuten der Glocken und Böllerschüssen von Dresden ein; nach Empfang einiger Deputationen und eingenommenem Diner setzte er gegen 5 Uhr seine Reise auf der Eisenbahn über Halle fort. In der Stadt sah man zahlreiche deutsche und sächsische Flaggen wehen, auch waren einzelne Gebäude festlich geschmückt; vor allen zeichneten sich die Bahnhofsgebäude, das Rathhaus und die deutsche Buchhändlerbörse aus. (Leipz. Bl.)

Hannover, 8. Juli. [Justiz-Reform.] Auf diplomatischem Wege ist die preußische Regierung von hier aus angegangen worden, einen des öffentlichen Gerichtsverfahrens kundigen Juristen der preußischen Rheinprovinzen dem hiesigen Justizministerio zu empfehlen, und wenn er in preußischen Staatsdiensten sich befände, auf längere Zeit zu beurlauben, damit man mit einem solchen kontrahire, daß er in das hiesige Justizministerium eintrete, um die Umwandlung des Gerichtsverfahrens mit zu leiten. Als solcher wird der Staatsprokurator Uppenhof von Aachen sich nach hier begeben und wahrscheinlich dann später ganz hier verbleiben. Sollten im Spätherbst die Stände wieder zusammen kommen, so hofft das Justizministerium, schon dahin betreffende Vorlagen machen zu können. (B.-H.)

Hamburg, 9. Juli. [Deutsche Flotte.] Wie bereits bekannt, die Gründung einer deutschen Flotte hat hier den regsten Anklang gefunden. An freiwilligen Beiträgen ging sofort ½ Million ein, was sehr erheblich genannt werden kann. Diese sind verwandt, um 3 von den hiesigen Schiffsrhedern außerdem geschenkte Kauffahrer in Kriegsschiffe zu verwandeln und der „Godeffroy" wird namentlich zu einer Fregatte von 40 Kanonen eingerichtet. Es ist fleißig daran gearbeitet und bis zur gänzlichen Vollendung werden noch etwa 4 Wochen vergehen. Inzwischen fürchten die praktischen Seeleute, daß diese Schiffe zum Kriegsdienste nicht tauglich werden; sie sind ursprünglich zu schwach konstruirt, indem das Abschießen schwerer Geschütze eine starke Bauart erfordert. Man übersah dies in der ersten Begeisterung. (Nat.-Z.)

Oesterreich.

*** Breslau**, 12. Juli. Die Wiener Post ist heute ausgeblieben.

Rußland.

Warschau, 8. Juli. [Verschwörung. Disposition über Pferde. Cholera.] Die russische Verschwörung, welche allerdings besteht und ihren Hauptsitz in Petersburg und Moskau haben soll, verzweigt sich bis ins Königreich Polen. In Warschau sind 2 Familien, die des Fürsten Lubowidzki und die des Grafen Lubienski, unter strenge Bewachung gestellt worden; Niemand wird aus dem Hause oder in das Haus eingelassen. — Auf der Tour zwischen Lowicz und Kalisch haben sämmtliche Fuhrwerkbesitzer die Anweisung erhalten, ihre Pferde zur Disposition der Regierung (und zwar des Kriegskommandos) zu halten und dürfen sie dieselben zu keinerlei sonstigem Zweck verwenden; sie erhalten dafür eine Vergütigung von 4 Silberrubeln täglich. — Zehn Meilen von hier, an der Gränze zwischen Litthauen und Polen, in der Gegend von Kowno hat sich die Cholera gezeigt, jedoch nur sporadisch und in einem noch milden Charakter. Weiter ist sie bisher in unserer Gegend noch nicht vorgedrungen. (Z.-Z.)

Großbritannien.

London, 7. Juli. [Parlamentsverhandlungen.] Die gestrige Sitzung des Unterhauses wurde beinahe gänzlich durch die Diskussion des Humeschen Antrages auf eine Reform des Parlaments ausgefüllt. Die Motion wurde durch Herrn Bernal Osborne unterstützt, welcher die Verdienste geltend machte, die sich die mittleren Klassen neuerdings um das Land, das sie vor einer Revolution gerettet, erworben hätten. Es sei daher billig, sie in größerer Anzahl an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten Theil nehmen zu lassen. Außerdem sprachen Herr Ch. J. Villiers, Lord Dudley, Sergeant Talfourd und Herr Sidney Hebert für die Motion, die schließlich mit 351 gegen 84 Stimmen verworfen wurde.

Die aufrührerischen Klubbs in Irland vermehren sich mit reißender Schnelligkeit. Ein gewisser Gogarty, der sich von einem derselben als Exerziermeister gebrauchen ließ, wurde in Dublin zu siebenjähriger Deportation, und die jungen Leute, die von seiner Unterweisung Gebrauch gemacht, zu einjährigem Gefängniß verurtheilt. Die Polizei soll künftig auf die Stärke von 12,000 Mann gebracht werden.

Frankreich.

Paris, 8. Juli. [Nationalversammlung. Sitzung vom 7. Juli. Nachtrag.] Nach der Erklärung des Generals Cavaignac, daß der Belagerungszustand von Paris seiner Ansicht nach noch lange würde fortdauern müssen und daß die verbotenen Journale erst dann wieder würden erscheinen, wenn die Regierung gewisse Bürgschaften gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit erhalten haben würde, war nur noch die Verhandlung über einige Finanz-Maßregeln von Wichtigkeit. Auf Antrag des früheren Ministers Duclerc entschied die Versammlung, die Sparkassenbücher gegen 5 pCt. Renten zu dem Tageskurse von 80 Fr.

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

Beilage zu № 161 der Breslauer Zeitung.

Donnerstag den 13 Juli 1848.

(Fortsetzung.)

einlösen zu lassen, während der ursprüngliche Antrag den Kurs von 70 Fr. feststellte. Die Schatzscheine (bons du trésor) sollen in 3proc. Renten zu 55 Fr. (3 Fr. über den Tageskurs) umgewandelt werden.

[Offizielles.] Ein Dekret Cavaignac's vom 4. d. ernennt in Uebereinstimmung mit dem neuen Municipalgesetze vom 3. d. eine provisorische Municipal-Kommission für Paris, bis die Municipalität der Hauptstadt durch allgemeine Wahlen reorganisirt werden wird. Diese Kommission besteht aus 14 Mitgliedern der nach dem Februar aufgelösten Municipalität, aus 14 Volksvertretern, 3 Mitgliedern der Akademie, 3 Fabrikanten und 1 Advokaten.

[Nachwehen der Insurrektion.] Die Patrie zeigt an, daß unter den gestern neuerdings Verhafteten sich sehr bedeutende Personen befänden. Sie nennt darunter den Bataillons-Kommandanten Constantin, nach der Februar-Revolution Kabinetschef des Kriegs-Ministers Subervik, der, im Faubourg St. Antoine wohnend, den Insurgenten Befehl zur Erbauung der Barrikaden gegeben haben soll. Derselbe ist einer der mit der Untersuchung beauftragten Offiziere und wurde in dem Augenblik verhaftet, wo er einige Insurgenten verhörte. Man glaubt an ein Mißverständniß und die parlamentarische Untersuchungs-Kommission hat sich selbst alle von Konstantin geführten Akten bringen lassen. Vorgestern Abend hat ein Angriff gegen den Wachtposten der Barriere von Clichy stattgefunden, bei dem zwei Soldaten verwundet wurden. Man umzingelte sogleich die Gegend (am Fuße des Montmartre) und fand in den Weingärten 24 Bewaffnete, worunter 2 Schwerverwundete, die sogleich auf die Polizei-Präfektur gebracht wurden. Gestern Abend war eine Schildwache am Château rouge geschossen. Sie hatte noch so viel Kraft den Schuß zu erwiedern und den Angreifer zu tödten. Die herbeieilende Patrouille fand Beide todt. — Der schwerverwundete Volksvertreter Dornès, jetzt endlich auf dem Wege der Besserung, richtet heute einen Brief an den National, worin er verlangt, daß man alle Zwietrachtsgedanken bei Seite setzend, sich auch mit den Wittwen und Waisen der gefallenen Insurgenten beschäftige und sogleich eine Kommission niedersetze, um auch für diese Unglücklichen zu sorgen.

[Lamartine und Garnier-Pagès gegen die Débats.] Das Journal des Débats hatte jüngst erzählt, die provisorische Regierung habe, um sich gegen reaktionäre Versuche zur Herstellung der Monarchie von Seiten der Nationalgarden zu schützen, ein „Barrikaden-Bataillon" gebildet, demselben förmlichen Unterricht in der inneren Verschanzung von Paris nach einem strategischen Plane geben lassen und dergleichen mehr. Dieses Bataillon sei zwar später aufgelöst worden, habe sich aber nicht zerstreut, sondern vielmehr in der letzten Revolution eine furchtbare Rolle gespielt, indem es alle die Barrikaden errichtete, deren Einnahme so viel Blut kostete. Lamartine und Garnier-Pagès weisen heute in zwei an das Journal des Débats gerichteten Briefen diese Angabe mit Entrüstung zurück.

[Vermischtes.] Die Auflösung der Nationalwerkstätten hat sehr günstige Folgen gehabt. Alle Ateliers der Eisenbahnen, die wegen Mangel an Arbeitern feiern mußten, sind in voller Thätigkeit: eben so eine große Anzahl von Fabriken, und der Landbau in der Umgegend von Paris, der bis jetzt immer nur mit Mühe Arbeiter erhalten konnte, sieht alle jene rüstigen Arme wieder zu sich zurückkehren, die ihm der höhere Tagelohn der Industrie und später der bezahlte Müssiggang der Nationalwerkstätten entzogen hatte. — Cabet hat einen Brief an den General Cavaignac gerichtet, worin er bittet, mit einigen Hundert seiner Anhänger auf einem Staatsschiffe nach Texas gebracht zu werden, um dort seine ikarische Kolonie zu gründen. Die Regierung soll dieses Gesuch sogleich bewilligt haben. — Lamartine ist seit einigen Tagen an einer katarrhalischen Entzündung bettlägerig. — Die Garnison von Paris ist in diesem Angenblicke 54,000 Mann stark. — Die Anzahl der Verhafteten ist bereits auf 12,000 gestiegen. Leider wird bei diesen Verhaftungen etwas leichtsinnig verfahren, und manche achtbaren Personen mußten in Folge böswilliger Denunciationen ihrer Feinde mehrere Tage im Gefängnisse zubringen. Einige hundert Verhaftete wurden gestern in Freiheit gesetzt. — Der Luxembourg-Garten und Jardin des plantes sind dem Publikum wieder geöffnet worden. Beide sollen während der Insurrektion nicht wesentlich gelitten haben. Die Mittheilung des Constitutionnel, als hätten die Insurgenten die ganze Menagerie aufgefressen, erweist sich daher als unwahr oder doch sehr übertrieben.

Spanien.

Madrid, 2. Juli. [Karl VI. und Cabrera.] Der Espana zufolge, riefen die Karlisten in Guipuzcoa „Constitution und Karl VI." aus, hätten aber bei der Bevölkerung der Provinz keinen Anklang gefunden und sich darauf nach verschiedenen Richtungen geflüchtet. Der Heraldo versichert, fünfzehn der Rebellen hätten sich bereits den Behörden gestellt und um Amnestie angehalten. Am 29. rückten von Vitoria ein Bataillon und einige Kavallerie zu ihrer Verfolgung aus. Auch von Tolosa aus wurden Truppen und Gensd'armen in Bewegung gesetzt. — Aus Gerona schreibt man der Espana, daß Cabrera durch das Thal von Tossas in Catalonien eingedrungen ist. Es begleiteten ihn 25 Mann zu Pferde, die man für Offiziere hielt. Dieses Erscheinen des gefürchteten Häuptlings verbreitete in der Umgegend große Bestürzung. Er soll an der Grenze eine Druckerei errichtet haben. Anderen Angaben zufolge, übernachtete Cabrera mit einiger Infanterie und Reiterei am 25. in Perafita, und die Besatzung von Vich war im Begriff, gegen ihn auszurücken. — Es scheint, daß die königliche Familie am 7. nach la Granja abgehen wird. In voriger Nacht marschirten die Truppen, welche die dortige Besatzung bilden sollen, von hier ab. Sie bestehen aus 3000 Mann Infanterie, einem Regiment Kavallerie und zwei Batterien.

Schweiz.

Chur. [Besorgniß vor einem Konflikt zwischen Oesterreichern und Schweizern.] Die „Bündner Ztg." bringt eine Correspondenz von der Gränze, welche die Nothwendigkeit einer fortwährenden Besetzung derselben hervorzuheben sucht. Die Oesterreicher machen große Anstrengungen, die Höhen des Stelvio zu gewinnen, wiewohl bisher ohne Erfolg. 24 österreichische Kaiserjäger, welche die Gränze überschritten, sind von den Bündnern gefangen worden. Eine absichtliche Gränzverletzung schien nicht stattgefunden zu haben, indessen meint der Correspondent der „B. Ztg.", daß ohne Truppenaufstellung die Gränzen großartig überschritten werden würden.

Italien.

Neapel, 26. Juni. [Die Insurgenten.] Die königlichen Truppen werden von allen Seiten von den Insurgenten umgeben und geängstigt. General Busacca befindet sich mit seiner Division in Kastrovillari, wo ihm 4000 Kalabresen und 800 Sizilianer mit 10 Stück schwerem Geschütz den Weg nach Kosenza und Paola versperren. In letzterem Orte sollen neuerdings 4500 Sizilianer mit 22 Kanonen gelandet sein, man spricht mit Gewißheit von einem kalabresisch-sizilianischen Schutz- und Trutzbündniß. General Nunziante ist noch in Monteleone verschanzt und von 10,000 Kalabresen ringsum eingeschlossen. Vorgestern kam ein Abgesandter dieses Generals hier an, der dem Ministerium die Bedingungen überbrachte, unter welchen die Kalabresen die Waffen niederlegen wollen. Es sind folgende: 1) Die Deputirten, erwählt nach dem Gesetze vom 3. und 5. April, sollen die Kammer eröffnen. Wenn eine kleine Anzahl derselben des Aufruhrs schuldig geglaubt wird, so mögen sie vor ihre kompetenten Gerichte gestellt werden. 2) Alle bis zum 15. Mai gemachten Concessionen sollen zurückgegeben werden. Das Ministerium hat sich etwas Bedenkzeit ausgebeten, scheint aber noch nicht geneigt zu sein, nachzugeben, denn in der gleichen Nacht wurden wieder Truppenverstärkungen nach Aquila und Pizzo geschickt. Die Kammern werden indessen doch am 1. Juli eröffnet werden, so versichert die Regierung, die nöthige Anzahl der Deputirten sei bereits gewählt. (Die meisten Wahlen geschahen unter Protest, daß man auf die früheren Concessionen zurückkehre.) Die Eröffnung wird wohl ohne Schwur geschehen, und damit man ihr nicht wieder Barrikaden in den Weg lege, wird die Feierlichkeit wahrscheinlich in der dem k. Palast gegenüber gelegenen Kirche San Francesco di Paola stattfinden. (Deutsche Z.)

Lokales und Provinzielles.

* **Breslau**, 12. Juli. [Bürgerwehr-Angelegenheit.] Wir haben bereits in der gestrigen Nummer dieser Zeitung eine Notiz über die vom Magistrat bei dem Wehramte beantragte Militär-Requisition gegeben. Wir sind heute in Stand gesetzt, Ausführlicheres darüber mitzutheilen. — Das Schreiben des Magistrats an den Obersten der Bürgerwehr lautete folgendermaßen: „Es sind in der letzten Zeit auf den Plätzen, wo von der Stadt beschäftigte Arbeiter in Masse versammelt waren, wiederum erhebliche, meist die Person hiesiger Bewohner antastende Exzesse von den Arbeitern verübt worden. Dem muß mit Entschiedenheit entgegengetreten werden. Dies wird nur durch bewaffnete Macht möglich sein, und es handelt sich in Betreff dessen um die Frage, ob das Entgegentreten der Bürgerwehr, oder in Berücksichtigung des dem einzelnen Bürger dadurch auferlegten Zeitverlustes, der durch das Fernliegen der Bauplätze bedeutend werden dürfte, der Militärmacht übertragen werden soll. — Zur gefälligen Kenntnißnahme und Erklärung nach erfolgter Hörung der Korpsführer. Breslau, 8. Juli 1848. Der Magistrat. Bartsch. Theinert." — In der in Folge dieses Schreibens am verflossenen Sonntag stattgehabten Führer-Versammlung sprachen sich mehrere der Führer für die Militär-Requisition aus, indem sie hervorhoben, daß es zweckmäßig sei, die Gewerbtreibenden, aus denen die größere Zahl der Bürgerwehr bestehe, zu schonen und daß in jüngster Zeit überhaupt die Kompagnien, resp. Bataillone bei den Dienstübungen nur schwach vertreten waren. — Dagegen sprach sich ein Führer aus dem Anger-Bataillon, Hr. Assessor Guhrauer auf's entschiedenste gegen die vorgeschlagene Maßregel aus. Er wies auf den wiederholt und oft ausgesprochenen Zweck der Bürgerwehr und ihre bisherige Wirksamkeit hin, und setzte auseinander, daß man mit Billigung der vorgeschlagenen Maßregel die Ohnmacht der Bürgerwehr den übernommenen Pflichten zu genügen bekennen würde, was jedoch nicht zugestanden werden könne, anderseits aber auch im Interesse des Militärs selbst jene Maßregel zurückzuweisen sei. Der dem Redner zu Theil gewordene Beifall ließ vermuthen, daß die meisten Führer mit ihm übereinstimmten. Es wurde beschlossen die Kompagnien selbst über die Vorlage zu hören.

So viel uns nun bekannt geworden, hat das Anger-Bataillon sich dahin erklärt: 1) das Anschreiben des Magistrats in Abschrift zu verlangen. 2) Es von dem Wortlaut des qu. Schreibens abhängig zu machen, ob gegen den Magistrat schon wegen der Anfrage Protest erhoben werden soll. 3) Die Maßregel wegen Heranziehen des Militärs schon jetzt auf das entschiedenste zu mißbilligen, da die Bürgerwehr sich stark genug fühlt, den übernommenen Pflichten in vollem Umfange zu genügen. — Von den bis heute eingegangenen Erklärungen der einzelnen Kompagnien soll die übergroße Mehrheit ebenfalls die Militär-Requisitionen zurückgewiesen haben, was gewiß als ein gutes Zeugniß für den mannhaften Geist unserer Bürgerwehr angesehen werden kann.

Breslau, 12. Juli. [Demokratisch-konstitutioneller Klubb.] In der gestrigen Sitzung verlas der Vorsitzende ein von dem konstitutionellen Klubb in Berlin eingegangenes Schreiben, worin der demokratisch-konstitutionelle Verein zur Theilnahme an einem in Berlin abzuhaltenden konstitutionellen Kongresse aufgefordert wird. Das Anschreiben drückt sich etwa folgendermaßen aus: der konstitutionelle Klubb zu Berlin erkenne die heutigen Zustände als die Errungenschaft der Märzrevolution an, basirt auf die Souverainetät des Volkes, als den Ursprung aller Gewalten. Als Organ derselben erkenne er die repräsentativen Nationalversammlungen, als gesetzliche Behörden die bestehenden Regierungen. Es sei nun seine Aufgabe, zur Verwirklichung dieser Grundsätze in der Neugestaltung des Staatslebens beizutragen, und jeden Angriff gegen dieselben zurückzuweisen. Der Klubb wolle daher einerseits die Umtriebe der Reaction bekämpfen, welche die unantastbaren Rechte des Volkes nicht anerkennen will, und Zwietracht unter die Bevölkerung aussäet, um die leichtgläubige Menge zur Ausführung ihrer selbstsüchtigen Pläne zu mißbrauchen. Andrerseits aber erkenne er die drohendste Gefahr für die Grundpfeiler wahrhafter Volksfreiheit in den Bestrebungen der republikanischen Partei, welche den rechtmäßigen Organen des Volkswillens die gesetzmäßige Geltung nicht zugesteht, die Zwecke einer kleinen Fraktion für den Willen des Volkes ausgiebt, und diese Zwecke mit Mitteln verfolgt, die eine fortwährende, alle Interessen der Gesellschaft beeinträchtigende Agitation veranlassen und endlich eine beklagenswerthe Katastrophe herbeiführen müssen. — Um diesem Treiben mit Energie entgegenzutreten, sei es nothwendig, die Kräfte der Gleichgesinnten zu gemeinsamem Werke zu vereinigen, und werde deshalb für die Vereine, die auf demokratisch-konstitutionellem Boden stehen, ein Kongreß auf den 22sten d. M. ausgeschrieben, um über die Mittel und Wege zu berathen, wie den Bestrebungen der republikanischen Propaganda gegenüberzutreten und ihrem Einfluß auf die Massen entgegenzuwirken sei, damit auf diese Weise auch die Reaction die letzte Stütze verliere, an der sie sich gegen den Strom der Freiheit immer aufzurichten sucht. — Der Kongreß

habe sich übrigens nicht auf den engern Standpunkt des preußischen Vaterlandes zu stellen, sondern es als eine Hauptaufgabe anzusehen, in allen Theilen des preußischen Staats für die Gründung eines einigen und mächtigen Deutschlands zu wirken, worin allein dauernder Schutz für jede Gefahr gefunden werden kann. — Die Debatte über die Frage, ob der Klubb sich an jenem Kongreß betheiligen wolle und könne, wurde auf die nächste Sitzung verschoben, damit das Sekretariat den Gegenstand erst in Erwägung ziehe und der Versammlung darüber Bericht erstatte. — Die Fortsetzung der bereits in der vorigen Sitzung begonnenen Debatte über die an die National-Versammlung in Frankfurt zu erlassende Adresse führte endlich zu dem Resultate, daß der von Herrn Dr. Geiger vorgelesene Entwurf als Grundlage für die Adresse angenommen und dem Sekretariat zur Ausarbeitung überwiesen worden ist. Wir werden den Inhalt dieser Adresse nächstens mittheilen, die gegenüber den von andern hiesigen Vereinen in dieser allgemeinen deutschen Angelegenheit erlassenen Adressen und Protesten als charakteristischer Beleg für die Stellung des demokratisch-konstitutionellen Klubbs beachtet zu werden verdient.

Breslau, 12. Juli. [Einbruch.] Ein frecher Angriff gegen das Eigenthum wurde in der Nacht vom 8ten zum 9ten d. M. begangen. Es wurde nämlich in dieser Nacht in dem Hause Matthiasstraße Nr. 27, ein Fenster zu ebener Erde von der Straße aus aufgebrochen, vermittelst dessen denn die Diebe in eine dort befindliche Schenkstube und in eine daran stoßende Kammer eindrangen. In dem Lokal schlief ein Dienstmädchen, welche auch von dem Geräusch erwachte und die Diebe bemerkte. Es waren deren nicht weniger als sieben. Dieselben hatten sämmtlich die Gesichter geschwärzt, und zwei derselben nöthigten das Mädchen durch die Drohung zum Schweigen: sie sogleich zu erstechen, falls sie einen Laut von sich geben sollte, während dessen die übrigen Spießgesellen ihre Plünderung vollbrachten. Leider ist es bisher noch nicht gelungen, einen der Thäter zu ermitteln. — Ein anderer nicht unbedeutender gewaltsamer Einbruch wurde am 9ten d. M. verübt, indem einem Herrn, während derselbe in der Mittagsstunde ausgegangen war, das Zimmer mit Nachschlüsseln erbrochen wurde. (Anz.)

---

* **Liegnitz,** 12. Juni. [Naturmerkwürdigkeit.] Das hiesige Stadtblatt enthält eine lange Mittheilung über den sogenannten Wanderstein des Riesengebirges, der als eine Naturmerkwürdigkeit beachtet zu werden verdient. Die Eigenthümlichkeit dieses Steins besteht darin, daß er schon mehre Male auf unerklärliche Weise seinen Platz verändert hat. Der Wanderstein befindet sich in der Agneten-Grube, welche sich nicht besonders steil nach dem Dorfe gleiches Namens hinabsenkt. Die Masse des Steines ist ein ziemlich feinkörniger, gelblichgrauer Granit, bestehend aus weißem Quarz, röthlichem Feldspath und sehr wenig schwarzem Glimmer. Dieser Granitblock lag nun über 25 Schritte von seiner früheren Lagerstatt (Die Fortbewegung geschah im Jahre 1822) und seine Wanderung wird um so räthselhafter, weil sie nicht auf einer geneigten schiefen Fläche, sondern auf einer völligen horizontalen Ebene stattgefunden hat. Wodurch dieser Felsen zu einem so gewaltsamen Sprunge in Bewegung gesetzt worden, ist bis heute noch nicht erklärt worden. Genauere Nachrichten über das diesjährige Fortbewegen des Felsens, welches wahrscheinlich zwischen dem 18. und 20. Juni geschehen ist, fehlen gegenwärtig.

Rosenberg, 7. Juli. Heute fand hier unter Vorsitz des Herrn Kreis-Landraths Sack und des Schulen-Inspektor Hrn. Reimann die von dem Cultus-Ministerium angeordnete Lehrer-Versammlung statt. Die anwesenden 53 Lehrer schlossen sich den Wünschen und Anträgen der in Breslau am 25. April c. versammelten Lehrer mit Ausnahme nur eines Punktes, die Simultanschulen betreffend, vollständig an. Zum Deputirten für die Provinzial-Versammlung wurde einstimmig der Lehrer Tschirner aus Bodland und zum Stellvertreter der Lehrer Luppa aus Sternalitz mit der absoluten Mehrheit erwählt. Das liebevolle und humane Verhalten des Herrn Landraths, als auch des Herrn Schulen-Inspektors, bei der Verhandlung dürfen wir nicht unerwähnt lassen, und wurde solches von der Versammlung dankbar anerkannt. (Telegr.)

Aus dem Rosenberger Kreise. Montag den 3. Juli Abends 11 Uhr hat ein bis jetzt Unbekannter in ein Fenster des Schlafgemaches des Herrn General-Bevollmächtigten von Paczensky in Sternalitz mit 1 Kugel, 2 Posten und 30 Schrotkörner geschossen, und den Schuß so zu leiten gesucht, daß letzterer den erwähnten Herrn, der sich kurz vorher (vielleicht vor 5 bis 6 Minuten) zur Ruhe begeben, durch diese Masse Blei — liegend im Bette — in jenes bessere Leben befördern sollte. Jedenfalls kann dieser Frevler nur ein solcher gewesen sein, der genaue Lokalkenntniß daselbst hatte. Wie es heißt, soll man ihm bereits auf der Spur sein. (Telegr.)

(Oppeln.) Der Pfarrer Nowack in Brinnitz ist zum Kreis-Schulen-Inspektor der 2ten Abtheilung des Kreises Oppeln ernannt. Dem seitherigen Ober-Kaplan an der St. Hedwigs-Kirche zu Berlin, 2c. Graupe, ist die Pfarrei zu Deutsch-Rasselwitz, Neustädter Kreises; dem seitherigen Kaplan Stehr zu Falkenberg die Pfarrei zu Borkendorf, Neisser Kreises; dem seitherigen Pfarrer in Zauditz, 2c. Botzian, die erledigte Pfarrei zu Bauerwitz, Leobschützer Kreises, verliehen; und der Graf v. Posadowski auf Blottnitz, zum zweiten Kreis-Deputirten des Groß-Strehlitzer Kreises in Stelle des verstorbenen Landraths a. D., v. Elsner, erwählt und bestätiget worden. Der Apotheker Menzel zu Leobschütz wurde zum unbesoldeten Rathsherrn auf 6 Jahre erwählt und die Wiederwahl des seitherigen Rathsherrn, Weltpriesters Appelt daselbst, bestätigt; eben so die Wahl des Kaufmanns Grenzberger in Ratibor zum unbesoldeten Rathsherrn. Der Syndikus Semprich zu Ratibor ist zum Bürgermeister daselbst erwählt und bestätigt; und der seitherige Steuer-Amts-Gehülfe Dröße zu Falkenberg, und der landräthliche Bureau-Gehülfe Krakau zu Leobschütz, sind als Regierungs-Supernumerare angenommen worden. — In dem Dienstbereich des königl. Oberlandes-Gerichts in Ratibor ernannt: der Landgerichts-Direktor Grothe in Kupp zum Direktor des Land- und Stadt-Gerichts in Ratibor; der Oberlandes-Gerichts-Assessor Delius zum Direktor des Land-Gerichts in Kupp; der Oberlandes-Gerichts-Assessor Gebhard zu Lötzen, zum Assessor beim Landgericht zu Kupp; der bisherige Oberlandes-Gerichts-Referendarius Stöckel zum unbesoldeten Assessor bei dem Land- und Stadt-Gericht zu Ratibor. — Versetzt: der Auskultator v. Gillern zu Breslau, zu dem Oberlandes-Gericht in Ratibor; der Kammer-Gerichts-Assessor Foß zu Berlin, an das Oberlandes-Gericht in Ratibor. — Abgegangen: der Oberlandes-Ger.-Referendarius Beyer, wegen Uebernahme von Patrimonial-Gerichten. — Entlassen: der Hülfs-Gefangenwärter Herrmann bei dem Inquisitoriat in Ratibor.

Inserate.

Bekanntmachung.

Nachdem zur Ergänzung des nach der allgemeinen Städte-Ordnung vom 19. November 1808 jährlich ausscheidenden Drittheils der resp. Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung und deren Stellvertreter für dieses Jahr die neuen Wahlen abgehalten und von uns bestätigt worden sind, so wird das Verzeichniß der neu gewählten und resp. aus den beiden Wahljahren 1846 und 1847 verbliebenen Herren Stadtverordneten und deren Herren Stellvertreter hiermit bekannt gemacht:

I. Stadtverordneten.

1. Herr Wilhelm Runschke, Kretschmer, Sieben-Churfürsten-Bezirk.
2. Herr Gustav Gerlach, königl. Medizinal-Assessor, desgleichen.
3. Herr Ludwig Busch, Kaufmann, desgl.
4. Herr Louis Klieche, Kaufmann, Drei Berge-Bez.
5. Herr Gottfried Linke, Wagenbauer, desgl.
6. Herr Joh. Gottfried Siebig, Partikulier, Neuewelt-Bezirk.
7. Herr Ludwig Löschburg, Schneidermstr., desgl.
8. Herr Ernst Kallenberg, Partik., Barbara-Bez.
9. Herr C. L. Sonnenberg, Kaufmann, desgl.
10. Herr Joh. Moroni, Kaufmann, Burgfeld-Bez.
11. Herr Friedrich Schablin, Tuchscheermstr., desgl.
12. Herr Reinhold Sturm, Kaufmann, Goldne Rade-Bezirk.
13. Herr Dr. med. Jonas Grätzer, prakt. Arzt, desgl.
14. Herr Ferdinand Anderschn, Kaufmann, Sieben-Rademühlen-Bezirk.
15. Herr Heymann Lassal, Kaufmann, desgl.
16. Herr Moritz Schreiber, Kaufmann, Börsen-Bez.
17. Herr H. L. Schlarbaum, Kaufmann, desgl.
18. Herr Ferdinand Grund, Kaufmann, Accise-Bez.
19. Herr A. Gosohorsky, Kaufmann, desgl.
20. Herr Julius Burghardt, Kaufmann und Gastwirth, Post-Bezirk.
21. Herr F. A. Voigt, Kaufmann, dito.
22. Herr Moritz Gedicke, Buchbindermeister, Blaue Hirsch-Bezirk.
23. Herr Gustav Gutke, Kaufmann, desgl.
24. Herr Karl August Meyer, Kaufmann, desgl.
25. Herr Joh. Gottlieb Berger, Pfefferküchler, Bischof-Bezirk.
26. Herr Gustav Becker, Kaufmann, desgl.
27. Herr Johann Zobel, Kaufmann, Johannis-Bez.
28. Herr Ph. Kubitzki, Kaufmann, desgl.
29. Herr Julius Laube, Apotheker, Katharinen-Bez.
30. Herr Gottlieb Kramer, Destillateur, desgl.
31. Herr Herrmann Hammer, Kaufmann, Regierungs-Bezirk.
32. Herr Joh. Nic. Münster, Glaser-Aeltester, desgl.
33. Herr Karl Knoblauch, Uhrmacher, Albrechts-Bez.
34. Hrrr Karl Dondorff, Goldarbeiter, desgl.
35. Herr Karl Friedr. Dietrich, Wurstfabrikant, desgl.
36. Herr Karl Grundmann, Kaufmann, Magdalenen-Bezirk.
37. Herr Johann Julius Müller, Kaufm., desgl.
38. Herr Theodor Friese, Apotheker, Rathhaus-Bez.
39. Herr A. F. Schneider, Kaufmann, desgl.
40. Herr Franz Karuth, Kaufmann, desgl.
41. Herr Gustav Lockstädt, Apotheker, Elisabet-Bez.
42. Herr W. Jungmann, Handschuhfabrik., desgl.
43. Herr Karl Fr. Bayer, Kaufm., Elisabet-Bez.
44. Herr Heinrich Frank, Buchbindermstr., Schlachthof-Bezirk.
45. Herr Christian Gottlieb Bänisch, Kaufm., desgl.
46. Herr Friedrich Wilhelm Landeck, Gastwirth, Oder-Bezirk.
47. Herr W. Bergmann, Kaufmann, desgl.
48. Herr Ernst Jurock, Kaufmann, Vier Löwen-Bezirk.
49. Herr Eduard Worthmann, Kaufm., desgl.
50. Herr Julius Lücke, Kaufmann, Ursuliner-Bezirk.
51. Herr Joseph Karnasch, Partikulier, desgl.
52. Herr Eduard Moritz, Kaufmann, Jesuiten-Bez.
53. Herr Ferdinand Hannemann, Schuhmachermeister, desgl.
54. Herr Robert Linderer, Zahnarzt, Matthias-Bezirk.
55. Herr Gustav Kallenbach, Turnlehrer, desgl.
56. Herr Johann August Tietze, Kaufmann, Klaren-Bezirk.
57. Herr Eduard Groß, Kaufmann, desgl.
58. Herr Ernst Melzer, königl. Hofvergolder, Vincenz-Bezirk.
59. Herr Dr. Eduard Regenbrecht, königl. Professor, desgl.
60. Herr Wilhelm Woywode, Kretschmer, Franziskaner-Bezirk.
61. Herr Karl Bartels, Destillateur, Bernhardin-Bezirk.
62. Herr C. G. Felsmann, Kaufmann, Grünebaum-Bezirk.
63. Herr Moritz Brunschwitz, Pfandleih-Institutsbesitzer, desgl.
64. Herr Georg August Caprano, Kaufm., Theater-Bezirk.
65. Herr Ernst Gotthold Krug, königl. Justiz-Kommissarius, desgl.
66. Herr Eduard Lindner, Nadlermeister, Christophori-Bezirk.
67. Herr Robert Schönfeld, Goldschläger, desgl.
68. Herr Joseph Sockolowsky, Partikulier, Hummerei-Bezirk.
69. Herr Ernst Wiedermann, Bäckermstr., desgl.
70. Herr Robert Geisler, Apotheker, Zwinger-Bez.
71. Herr Ernst Scholz, Kretschmer, desgl.
72. Herr Julius Drechsler, Hutmachermeister, Dorotheen-Bezirk.
73. Herr Wilhelm Damretzky, Kretschmer, desgl.
74. Herr Heymann Lasker, Kaufmann, Schloß-Bez.
75. Herr Jakob Theodor Flatau, Kaufm., desgl.
76. Herr Samuel Schrayer, Gastwirth, Antonien-Bezirk.
77. Herr Simon Lazarus Samosch, Kaufm., desgl.
78. Herr Friedrich August Dietze, Schönfärber, Mühlen- uud Bürgerwerder-Bezirk.
79. Herr Wilhelm Piefke, Schiffer-Aeltester, desgl.
80. Herr Anton Guske, Gastwirth, Drei Linden-Bez.
81. Herr Oswald Reich, Kaufmann, desgl.
82. Herr Gottlieb Pohl, Uhrmacher, Rosen-Bezirk.
83. Herr S. Fellbrich, Nadlermeister, desgl.
84. Herr Adolph Beck, Wachsleinwand-Fabrikant, 11,000 Jungfrauen-Bezirk.
85. Herr Albert Heinrich, Cafetier, desgl.
86. Herr Ferdinand Hähne, Apotheker, Sand-Bez.
87. Herr Wilhelm Cholewa, Apotheker, desgl.
88. Herr Karl Schneider, Cafetier, Dom-Bezirk.
89. Herr A. Krause, Lieuten. a. D., Hinterdom-Bez.
90. Herr Robert Schilling, Töpfermeister, desgl.
91. Herr Emanuel Ribeth, Branntweinbrenner, Neuscheitnig-Bezirk.
92. Herr Friedrich Niebelschütz, Partikulier, desgl.
93. Herr Joseph Morave, Zimmermeister, Mauritius-Bezirk.
94. Herr Fr. Moritz Ludewig, Bäcker-Aeltester, desgl.
95. Herr Karl Milde jun., Kaufmaun, Barmherzige Brüder-Bezirk.
96. Herr Gustav Blühdorn, Kaufmann, deesgl.
97. Herr Karl Robert Krause jun., Zimmermeister, Schweidnitzer-Anger-Bezirk.
98. Herr Ferdinand Guhrauer, kgl. Ob.-Ld.-Ger.-Assessor, desgl.
99. Herr Joh. Gottfr. Tschocke, Maurer-Meister, Nicolai-Bezirk I. Abtheil.
100. Herr Jos. Bernh. Neumann, Kaufmann, desgl.
101. Herr Georg Heinrich Wocke, Apotheker, desgl. II. Abtheilung.
102. Herr A. Hause, Kaufmann, desgl.

II. Stellvertreter.

1. Herr Philipp Dyhrenfurth, Kaufm., Schweidnitzer-Anger-Bezirk.
2. Herr Ferdinand Hirt, Kaufmann, Nicolai-Bezirk I. Abtheil.
3. Herr C. G. Briel, Gastwirth, 4 Löwen-Bezirk.
4. Herr Gustav Rösler, Bäckermeister, Schlachthof-Bezirk.
5. Herr Heinr. Wilh. Litsche, Fleischer-Aeltester, Regierungs-Bezirk.
6. Herr Friedr. Reimann, Kaufm., Burgfeld-Bez.
7. Herr G. Schindler, Bäckermstr., Zwinger-Bez.

8. Herr Alb. Hübner, Apotheker, Magdalenen-Bez.
9. Herr Friedrich Suthoff, Handschuhfabrikant, Rosen-Bezirk.
10. Herr Berth. Hipauf, Pfefferküchler, Oder-Bezirk.
11. Herr Karl Wolff, Tischlermeister, Ursuliner-Bez.
12. Herr Louis Peretz, Kaufmann, Hummerei-Bezirk.
13. Heer J. G. Ochsz, Destillateur, Claren-Bezirk.
14. Herr Joh. Klippe, Kretschmer, Barbara-Bezirk.
15. Herr G. Philippi, Kaufmann, Accise-Bezirk.
16. Herr Karl Langer, Tischlermeister, Grüne-Baum-Bezirk.
17. Herr August Chevalieur, Maurermeister, Mauritius-Bezirk.
18. Herr Adolph Krieger, Glockengießer, Theater-Bez.
19. Herr Dr. Anselm Davidson, Arzt, Darotheen-Bezirk.
20. Herr Christoph Bungenstab, Steinmetzmeister, Neuewelt-Bezirk.
21. Herr Franz Roth, Maurermeister, 3 Linden-Bez.
22. Herr Robert Schmidt, Glasermeister, 11,000 Jungfrauen-Bezirk.
23. Herr Adolph Liebich, Kaufmann, Börsen-Bezirk.
24. Herr Alexander Jänisch, Commissionär, Jesuiten-Bezirk.
25. Herr August Weberbauer, Brauereibesitzer, Christophori-Bezirk.
26. Herr Rich. Schreiber, Kaufmann, Bischof-Bez.
27. Herr Rob. Frentzel, Gastwirth, 3 Berge-Bezirk.
28. Herr Samuel Köhler, Holzhdl., Vincenz-Bez.
29. Herr Johann Andr. Köhler, Buchbindermeister, Matthias-Bezirk.
30. Herr Friedr. Nösselt, Professor, Johannis-Bez.
31. Herr M. S. Pappenheim, Sensal, Goldene Rade-Bezirk.
32. Herr August Henning, Tuchmacher-Aeltester, Franziskaner-Bez.
33. Herr Dr. Jul. Birkner, Arzt, Bernhardin-Bez.
34. Herr Louis Mehlis, Lieuten. a. D., Nicolai-Bez. II. Abtheil.

Breslau, den 1. Juli 1848.

Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Bekanntmachung.

Der zwischen der Oder- und Herrenstraße gelegene Theil der Burgstraße ist wegen eines nothwendigen Baues eines Wasser-Abzugs-Canals, für die Dauer desselben für Fuhrwerk von heute ab gesperrt worden, was hiermit zur Beachtung bekannt gemacht wird.

Breslau, den 11. Juli 1848.

Königliches Polizei-Präsidium.

Ressourcen-Anzeige.

Das wegen ungünstiger Witterung am 11. Juli ausgefallene Konzert der städtischen Ressource wird Donnerstag den 13. Juli stattfinden.

Stadtverordneten-Versammlung

am 13. Juli Nachmittag 4 Uhr, zur Wahl des Vorstehers, Protokollführers und der beiden Stellvertreter.

Kopisch, in Vertretung.

Gewerbe-Ausstellung

in der Börse.

Wir zeigen hiermit an, daß Sonntag den 16ten d. M. die Gewerbe-Ausstellung geschlossen und Montags Nachmittags 4 Uhr die Verloosung der bei derselben angekauften Gegenstände stattfinden soll. Die am Sonnabend den 15ten gelöste Einnahme soll zu gleichen Theilen der Alter-Versorgungs-Anstalt und dem Bürgerrettungs-Verein übermacht werden. Schließlich bitten wir noch um recht zahlreichen Besuch.

Die Ausstellungs-Commission.

Breslau, 12. Juli. [Aerztliche Provinzial-Versammlung.] Die Aerzte des Liegnitzer Regierungsbezirks sollen sich nach einem gestrigen Berichte der Schles. Ztg. auf einen Isolirschemmel gesetzt haben, der allem Geiste der Association Hohn spricht. Erst fordern sie den Verein durch alle politischen Organe und verkünden dann, wie in dem Gebete jenes kleinen Fürstenthums: „Und wollen die Andern auch was ha'n, so sollen sie Dir's aparte sa'n." — Glauben jene Aerzte, daß in einer Zeit, wo alle Sonderinteressen nur nach rechtskräftiger Beziehung zum Staatsganzen gerichtet werden können, ihre lokalen Wünsche und Neigungen ihnen Grund zum Separatismus abgeben können? Die besondere Stellung des Arztes in mittlern und kleinern Städten und auf dem flachen Lande wird eben nur in der großen Stadt Rücksicht und Stütze finden, wo die Waagschale der gegenseitigen Berathung jedem die Wahrnehmung seines Rechts vermittelt. — Wir irren aber nicht, wenn wir in jenen Bemühungen die vielgeschäftige Büreaukratie wiedererkennen, welche ihre jetzt mit Glacee bekleideten, gierigen Hände auch auf das Vereinswesen ausdehnt. Divide et impera war von jeher ihr Wahlspruch. Folgerecht läßt sie durch die Herren Physiker Vereine stiften, deren erster Ruf ein Todesstoß der Association, der Ruf der Zwiespalt ist. — Mögen also die Aerzte vor diesem Angriff auf das freie Vereinigungsrecht hiermit gewarnt sein. Wer es redlich meint mit der Sache des Fortschritts, mit dem Volkswohl, mit der Zukunft seines eignen Glücks, der weise die Zumuthungen des bureaukratischen Systems gebührend zurück und vertrete sein Recht in der allgemeinen freien Vereinigung.

F. G.

Die unterzeichneten constitutionellen Bezirks-Vereine halten es für ihre Pflicht, zu erklären, daß der Bericht der drei Breslauer Deputirten zu Berlin vom 25. Juni d. J. in vielen und wesentlichen Stücken die Wahrheit durch Parteisucht verletzt; sie treten daher der Antwort auf jenen Bericht vollständig bei, welche der constitutionelle Central-Verein und der vaterländische Verein veröffentlicht haben.

Breslau, am 11. Juli 1848.

Die constitutionellen Vereine im Schweidnitzer-Anger-Bezirk, in der Ohlauer Vorstadt, im Matthias-Bezirk, im Jesuiten-Bezirk, im Elisabet-, Mühlen- und Bürgerwerder-Bezirk.

Kunst-Notiz.

In dem schönen „Fürstensgarten" in Scheitnig werden den Spaziergängern auch künstlerische Genüsse neben denen der Natur vorbereitet, welche diese täuschend nachahmen. Es sind dies „magische Tableaux", d. h. dioramatische Bilder mit wechselndem Licht, Schatten und Farben, die eine höchst überraschende Wirkung hervorbringen, deren Besuch wir daher allen Kunst- und Naturfreunden empfehlen. —d.

Aufforderung.

Alle diejenigen Schlossermeister, welche innerhalb des Breslauer Kreises wohnen und noch keiner Innung angehören, werden Behufs Wahrnehmung und Vertretung des gemeinschaftlichen Interesses bei dem Vereine zur Reorganisirung des Handwerkerstandes und zum Zwecke der zu berathenden Anträge hierdurch ersucht, etwaige Beitritts-Erklärungen bis zum 24. d. M. bei dem Ober-Aeltesten Herrn Schrader in Breslau, Dorotheengasse Nr. 2 anzumelden.

Das Schlosser-Mittel.

Aufforderung.

Sämmtliche Herren Seilermeister der Provinz Schlesien werden hiermit eingeladen, sich an unser Gewerk, betreffend die Reorganisirung des Handwerkstandes, mit anschließen zu wollen. Das Nähere hierüber bei unserem Aeltesten, Herrn Hahnewald, Ohlauerstraße Nr. 39, zu erfahren.

Breslau, den 12. Juli 1848.

Das Seilergewerk.

Christkatholische Gemeinde.

Sonntag den 16. d. M. wird den Gottesdienst hier Vormittags in der Bernhardinkirche Herr Prediger Hofferichter, — Nachmittags in der Armenhauskirche Herr Kandidat Kampe, — in Goldberg Herr Prediger Vogtherr, — in Bernstadt und am anderen Tage in Namslau Herr Prediger Wagner leiten.

Breslau, den 12. Juli 1848.

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe:
1) königliche Regierung,
2) Herrn Hausbesitzer A. Hitz,
3) " Schuhmachermeister Pohl,
4) " Kaufmann Buckwitz,
5) " Richard Scholz in Neudorf,
6) " M. Rochefort u. Comp.,
7) " Fleischermeister Eichler,
8) " Hürdler Bäsler,
9) " Landau,
10) " Reichel,
11) Fräulein Scholz,
12) Herrn Grafen Manzer,
13) " Schmiedemeister Rother,
14) " Zimmergesellen Strecker,
können zurückgefordert werden.

Breslau, den 12. Juli 1848.

Stadt-Post-Expedition.

Bei **Hugo Wagner** in Glogau ist erschienen und bei **Graß, Barth** und **Comp.** in **Breslau** und **Oppeln**, in **Brieg** bei **Ziegler**, so wie in allen andern Buchhandlungen zu haben:

Statistik
der evangelischen Kirche Schlesiens
von F. G. E. Anders,

drittem Pastor in Glogau, ordentlichem Mitglied des Vereins für Geschichte und Alterthum Schlesiens.

684 Seiten. Gr. 8. Broch. 2 Rtlr.

Ein Werk Jahre langer fleißiger Studien und das erste seiner Art; unentbehrlich Allen, welche Kenntniß der äußeren Gestalt und Angelegenheiten der evang. Kirche eines kirchenhistor. so merkwürdigen Landes wie Schlesien ist, zu erlangen wünschen und zu schätzen wissen. Zu wünschen ist, daß es dem Verf. gelingen möchte, die noch ungedruckten histor. und statist. Uebersichten über die evangel. Kirche Schlesiens recht bald zu veröffentlichen, weil sie bei der bevorstehenden Umgestaltung der evangel. Kirche von unberechenbarem Interesse sind.

Im Verlage der Schulzeschen Buchhandlung in Oldenburg ist so eben erschienen und kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden, in **Breslau** durch **Graß, Barth** und **Comp.**:

Vorschule zur bildenden Kunst der Alten.

Ein Handbuch für das Verständniß ihres Wesens, ihrer Geschichte und ihrer bedeutendsten Werke.

Von Dr. **H. Hettner.**

Erster Band. Mit 1 Kupfertafel. 25 B. gr. 8. Geh. $1\frac{7}{8}$ Rtlr.

Der bei **C. Dülfer** (Weilshäuserſche Buchhandlung) in **Leobschütz** jeden Freitag erscheinende

Oberschlesische Volksfreund,

das einzige nichtamtliche und zugleich verbreitetste Organ dieser Gegend, ist durch alle königl. Postanstalten für den halbjährlichen Pränumerationspreis von **14 Sgr.** (ohne weitere Portokosten) zu beziehen. Durch die Expedition direkt bezogen Preis **10 Sgr.** Bei der großen Verbreitung des Volksfreundes sind Ankündigungen in demselben sehr wirksam und in Berücksichtigung dessen die Insertions-Gebühren — pro breitgespaltene Zeile 9 Pf. ($\frac{3}{4}$ Sgr.) — sehr billig.

Die Redaktion ist bemüht, die Interessen sowohl des **Bürgers** als auch des **Landbewohners** nachhaltig zu vertreten und alles das mitzutheilen, was auf die Hebung des Handels und der Gewerbe, des Land- und Gartenbaues und der Viehzucht von Einfluß ist. Einer gründlichen Erörterung der zunächst unser Oberschlesien bewegenden Zeit- und Lebensfragen widmet sie ihre ungetheilte Aufmerksamkeit und gewährt allen darauf und auf Beförderung der Vaterlandsliebe und des sittlichen Lebens überhaupt berechneten gemeinnützigen Aufsätzen und Mittheilungen bereitwillige Aufnahme. Die politische Tendenz des Blattes ist konstitutionell-monarchisch. Die deutschen und preußischen Parlaments-Verhandlungen werden allwöchentlich in gedrängter Uebersicht und der wichtigsten der neuen Gesetze vollständig mitgetheilt; politische Nachrichten können nur — summarisch in einer wöchentlichen Rundschau — insoweit mitgetheilt werden, als dieselben zum Verständniß der Aufsätze, zu denen sie die Veranlassung geben, nöthig sind, wobei wir natürlich auf die Ereignisse im Inlande vorzugsweise Rücksicht nehmen.

Roßhaarstoff in Militär-Binden

ist wieder vorräthig in der **Roßhaar-Leinwand-Manufaktur** in Breslau, Ohlauer-Straße Nr. 24.

Ein freundliches Comtoir für 50 Rtlr.

und eine große gewölbte Remise für 60 Rtlr. jährlich ist Karlsstraße Nr. 38 bald oder zu Michaeli zu beziehen. Näheres beim Haushälter daselbst.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Vorwerksstraße Nr. 12 und Brüdergasse Nr. 3 belegenen, dem Kaufmann **Carl Eduard Jäckel** gehörigen, auf 9019 Rthlr. 4 Sgr. 1 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin **auf den 21. December 1848 Vorm. 11 Uhr** vor dem Herrn Oberlandesgerichts-Assessor **Kiesling** in unserm Parteien-Zimmer anberaumt. Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, 20. Mai 1848.

Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

Das den **Loosert**schen Eheleuten gehörige, sub Nr. 274 hierselbst gelegene, auf 234 Rtlr. abgeschätzte Haus, soll am

21. September d. J. Vorm. 11 Uhr

an hiesiger Gerichtsstelle subhastirt werden. Taxe und Hypothekenschein sind in der Registratur einzusehen.

Strehlen, 19. Mai 1848.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Wiesen-Verpachtung.

Die dem königl. Fiskus gehörigen, bei Radwanitz Breslauer Kreises belegenen Wiesen-Grundstücke von zusammen 194 Morgen 126 Qdr.-R., werden auf den 27. Juli d. J., Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr, in dem Kretscham zu Radwanitz auf die 3 Jahre von Georgi 1849 bis dahin 1852, anderweitig öffentlich an den Meistbietenden verpachtet werden.

Pachtlustige werden eingeladen, sich in jenem Termine einzufinden und ihre Gebote abzugeben.

Die Pachtbedingungen sind sowohl beim Scholzen Herrn **Seidel** in Radwanitz, wie beim hiesigen Rent-Amte, (Ritterplatz Nr. 6), einzusehen. Breslau, den 26. Juni 1848.

Königliches Rent-Amt.

In der Kreisstadt Jauer, wo friedsames Leben bisher geherrscht, sind mehrere Wohnungen für große und kleinere Herrschaften leer und bald anzuweisen unter billigen Miethsbedingungen. Darauf reflektirende Herrschaften wollen gefälligst in portofreien Briefen oder selbst das Nähere bekunden in Nr. 11 und 44, Goldberger Vorstadt zu Jauer.

Zu vermiethen:

Am Ringe, Riemerzeile Nr. 10 eine Wohnung, Michaelis oder Weihnachten zu beziehen. Näheres bei **F. Thun.**

Das Karsch'sche Museum

ist gegenwärtig mit einer Anzahl vortrefflicher Original-Oelgemälde von anerkannten Meistern ausgestattet, so daß dasselbe allen Kunstfreunden zum Besuche ganz besonders empfohlen werden kann.

In der **Pensions-Anstalt** des Unterzeichneten können Michaelis d. J. einige Knaben wiederum Aufnahme finden. Eltern und Vormünder werden ergebenst darauf aufmerksam gemacht.

Lähn am Bober, 12. Juli 1848.

Pastor **Müller.**

Ein Mädchen, das schon mehrfach conditionirt hat, sucht als Wirthschafterin oder Gesellschafterin auf dem Lande oder in der Stadt ein neues Unterkommen. Das Nähere erfährt man in Breslau Oderstraße Nr. 29, 3 Stiegen hoch, oder in Liegnitz Mittel-Straße Nr. 412.

1800 Thaler

werden zur zweiten Hypothek, jedoch sehr sicher, auf ein Haus und Grundstück im Bürgerwerder gesucht. Näheres an den Kasernen Nr. 7, bei Madame **Gastrow.**

☞ Beachtungswerth!

Zu verkaufen: Eine der schönsten angenehmsten ländlichen Besitzungen, nahe bei Schweidnitz, mit 80 Morgen Acker und Wiesen 1. Klasse, großem, ganz mässivem hübschem Wohnhause, dergleichen Wirthschaftsgebäuden, großem schönen Garten, Salon, Glashaus, ganz laudemialfrei, mit 1500 Rtl. Anzahlung, billig. **Tralles,** Messergasse Nr. 39.

Meine in Glatz bisher bestandene Tuch- und Kleiderhandlung habe ich meinem Geschäftsführer, Herrn **Moritz Bruck**, übergeben, welcher dieselbe für seine alleinige Rechnung fortsetzt. Derselbe hat sämmtliche Activa und Passiva der Handlung übernommen. Indem ich für das mir bisher geschenkte Zutrauen höflichst danke, bitte ich, dasselbe auch auf meinen Herrn Nachfolger zu übertragen.

Glatz, den 1. Juli 1848.

H. Herz.

(Statt besonderer Meldung.)

Daß ich nunmehr aus Oberschlesien wieder zurückgekehrt, zeige ich hiermit ergebenst an.

Breslau, den 12. Juli 1848.

E. Semler,
Wundarzt 1ster Kl., Klosterstr. 15.

Landwirthschaftliches.

So eben empfingen wieder von **Amerika** Saat von der neuen Oelfrucht „**Biebitz**", welche vor dem so oft mißrathenden Rapse folgende Vorzüge hat. 1. An Oelgehalt dem allerbesten Rapse gleich. 2. Sie wird erst am 1. September gesäet, also ein Vortheil, der sehr groß ist, weil ihr nun noch die zweite Klee-Ernte oder Futtermenge, ja eine Gersten-Ernte, ohne, wenn im Früjahr gedüngt war, vorangehen kann. 3. Treiben die Rüben nicht über die Erde heraus, die Pflanze deckt sich also besser gegen Frost, wie gegen Wildfraß, der Schnee schützt sie besser. 4. Es schadet nicht Ueberfluthung des Wassers. 5. Die etwas harten Blätter werden ihrer Bitterkeit wegen gar nicht von den Erdflöhen heimgesucht, denen sie überdies schon wegen der spätern Aussaat mehr entrückt sind, als der Raps. 6. Diese Oelfrucht wird 14 Tage früher reif, fällt also im Ganzen dem Acker 6 Wochen weniger zur Last und kann daher auch vor der Rapsernte schon aufgearbeitet sein. Saat in großen und kleinen Quantitäten à Pfd. $\frac{1}{2}$ Rthlr versenden wir pünktlich nach allen Gegenden, wenn uns die Aufträge **ungesäumt** zukommen. Auch von dem bereits so beliebt gewordenen „**Kolossal-Roggen**" aus Amerika, der selbst auf nur mittelmäßigem Boden das 42ste Korn, Mehl von unübertrefflicher Güte und Stroh, noch einmal so lang wie gewöhnlich liefert, so wie auch von schönem, schweren „**amerikanischem Weizen**" können wieder zur Saat ablassen. Der Preis für beide Getreide-Gattungen ist 10 Sgr. pro Pfd.

Direktion
des landwirthschaftlichen Industrie-Comtoirs in Berlin, Breitestraße 8.

Der herrschaftliche Diener-Verein empfiehlt zur weiteren Dienstannahme militärfreie Bedienten und Köche mit sehr guten Empfehlungen. Herrschaften, welche darauf reflektiren, erfahren das Nähere Albrechtsstr. Nr. 34, beim Geschäftsführer **W. Scholz.**

Der Vorstand.

Liebich's Garten,

heute, den 13. Juli,

großes Concert der Theater-Kapelle.

Zur Aufführung kommt unter Anderem:
Ouvertüre zur Oper **Virginia**, von **Seidelmann.**
Ouvertüre zur Oper **Jessonda**, v. **Spohr.**
Sinfonie von **A. Hesse** in D.

Eine geschriebene Grab-Rede

ist vom Salvator-Platz bis in die Schweidnitzer Straße verloren worden. Wer sie Schweidnitzer Straße Nr. 14 abgiebt, erhält eine Belohnung.

Ein Dominium beabsichtigt täglich 100 bis 150 Quart gute Milch zum Verkauf nach Breslau zu senden. Hierauf Reflektirende werden ersucht, ihre Adressen gefälligst bei Herrn **Regner** in der goldenen Krone, am Ringe Nr. 29 abzugeben.

Verlorner Hühnerhund.

Ein Hühnerhund, grau getigert, mit braunen Flecken gezeichnet, ist mir verloren gegangen. Wer mir selbigen zurückbringt, am Neumarkt, Langeholzgasse Nr 8 par terre, erhält eine angemessene Belohnung.

Frische wilde Enten,

Stockenten das Paar 18 Sgr., Mittelenten das Paar 14 Sgr. und Krickenten das Paar 10 Sgr. empfiehlt:

Beier, Wildhändler,
Kupferschmiedestraße Nr. 16 im Keller.

Frisches Rothwild

à Pfd. 3 Sgr., frisches Schwarzwild à Pfd. $3\frac{1}{2}$ Sgr., frische Stockenten à Paar 18 Sgr. empfiehlt: **N. Koch,** Wildhändler,
Ring Nr. 9, neben 7 Kurfürsten im Keller.

Wohnungen

zu **80, 60** und **40 Rtl.** sind zu vermiethen Brüderstraße Nr. 2b.

Ohlauerstraße Nr. 39 ist ein Verkaufs-Lokal mit Schaufenster zu vermiethen.

Ein gut möblirtes Zimmer, wobei Kost und Bedienung, ist billig zu vermiethen Oder-Straße Nr. 14, dritte Etage.

Vermiethungs-Anzeige.

Karlsstraße Nr. 30 ist eine Wohnung in der 2ten Etage, bestehend in drei Zimmern, Alkove, Kochstube und dem nöthigen Zubehör, sofort, desgl. eine Wohnung in der 3ten Etage, bestehend in 4 Zimmern, Alkove, Küche, verschließbarem Entrée, mit allem Zubehör, von Michaelis d. J. ab zu vermiethen. Das Nähere beim Kommissionsrath **Hertel,** Seminargasse Nr. 15.

Ein Gewölbe nebst geräumiger gesunder Wohnung ist Klosterstraße Nr. 85a, vis-à-vis dem römischen Kaiser zu vermiethen und Michaelis zu beziehen. Das Nähere drei Stiegen.

Drei sehr freundliche Stuben vorn heraus sind einzeln mit dem nöthigen Beigelaß im Preise von à 30—36 Thlr. auf Michaelis zu vermiethen Matthiasstraße Nr. 68.

Vermiethungs-Anzeige.

In Nr. 76/77, Ohlauerstraße (zu den drei Hechten), ist in der 1. Etage eine geräumige Wohnung, desgl. eine mittlere in der 2. Etage nach der Altbüsserstraße heraus, sowie die Schmiedewerkstatt sofort resp. von Mich. c. ab zu vermiethen und zu beziehen.

Das Nähere beim Kommissionsrath **Hertel,** Seminargasse Nr. 15.

Harrasgasse Nr. 2

befindet sich eine Dresdener Bettfeder-Reinigungsanstalt und eine englische Drehmangel, für letztere pro Stunde 9 Pf., und wird hierdurch zur Benutzung bestens empfohlen.

Auch ist daselbst eine möblirte Stube par terre zu vermiethen.

Am Lehmdamm Nr. 5a

ist die 1. Etage von 6 Stuben, 2 Küchen, Entrée und allem Zubehör, entweder im Ganzen oder auch getheilt zu vermiethen und Term. Michaelis oder Weihnachten a. c zu beziehen.

Die Hälfte der zweiten Etage, so wie ein Theil der ersten sind zu vermiethen Junkern-Straße Nr. 31.

Zu vermiethen

und Michaelis zu beziehen ist Büttnerstraße Nr. 27 der zweite Stock, bestehend in zwei Stuben, Alkove, Küche und Beigelaß. Näheres par terre.

Vermiethungs-Anzeige.

In Nr. 7 und 8 Friedrich-Wilhelmsstraße sind die beiden Handlungs-Lokale von Michaelis d. J. ab, desgl. mehrere herrschaftliche Wohnungen mit allem Zubehör, theils sofort, theils von Michaelis d. J. ab zu mäßigen Preisen zu vermiethen und zu beziehen. Das Nähere beim Herrn Kaufmann Schweitzer daselbst, so wie beim Kommissionsrath **Hertel,** Seminargasse Nr. 15.

Vermiethungs-Anzeige.

Tauenzienstraße Nr. 71 und neue Taschenstraße Nr. 6b sind mehrere herrschaftliche Wohnungen mit allem Zubehör, theils sofort, theils von Michaelis d. J. ab, desgl. zwei kleinere, eine vom 1. August und die andere vom 3. Oktober d. J. ab zu mäßigen Preisen zu vermiethen und zu beziehen. Das Nähere bei Herrn Kaufmann Thomale daselbst, so wie beim Kommissionsrath **Hertel,** Seminargasse Nr. 15.

Breslauer Getreide-Preise
am 12. Juli 1848.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	58	Sg.	55	Sg.	52	Sg.
Weizen, gelber	55	"	52	"	49	"
Roagen . . .	35	"	32	"	29	"
Gerste	26	"	24	"	22	"
Hafer	20	"	19	"	18	"

Breslau, den 12. Juli 1848.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holl. Rand-Duk. $95\frac{1}{2}$ Br. Kaiserl. Duk. $96\frac{1}{2}$ Br. Friedrichsd'or $113\frac{2}{3}$ Br. Louisd'or $112\frac{1}{4}$ Gld. Polnischer Courant 91 Gld. Oester. Banknoten 88 Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. $3\frac{1}{2}$% $73\frac{1}{2}$ Gld. Großherz. Posener Pfandbriefe 4% 91 Gld, neue $3\frac{1}{2}$% $77\frac{5}{6}$ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. $3\frac{1}{2}$% $92\frac{1}{2}$ Br., Lit. B. à 1000 Rtl. 4% $93\frac{1}{4}$ Br. $3\frac{1}{2}$% $79\frac{3}{4}$ Gld. Alte polnische Pfandbriefe 4% 86 Br., neue 86 Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% $80\frac{1}{4}$ Br. Oberschlesische Litt. A. $3\frac{1}{2}$% 81 Gld., Litt. B. 81 Gld. Krakau-Oberschlesische $35\frac{1}{4}$ Br. Niederschlesisch-Märkische $3\frac{1}{2}$% $70\frac{1}{4}$ Br. Köln-Minden $3\frac{1}{2}$% 74 Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 37 Br.

Coursbericht. Berlin, den 11. Juli.

Eisenbahn-Aktien: Köln-Minden $3\frac{1}{2}$% $74\frac{1}{4}$ bez. u. Gld., Prior. $4\frac{1}{2}$% $88\frac{1}{2}$ bez. u. Gld. KrakauOberschlesische 4% $35\frac{1}{2}$ Br. Niederschlesische $3\frac{1}{2}$% 69 Br., Prior. 4% 80 Gld., 5% $91\frac{1}{2}$ Gld., Serie III. 86 Gld. Oberschlesische Litt. A. $3\frac{1}{2}$% 80 u. $81\frac{1}{2}$ bez. u. Gld., Litt. B. $3\frac{1}{2}$% 80 u. $81\frac{1}{2}$ bez. u. Gld. Rheinische 53 etw. bez. u. Br., Prior. 4% $62\frac{1}{2}$ Gld. — Quittungsbogen: Nordbahn (Friedrich-Wilh.) 4% 37 Br. $36\frac{3}{4}$ Gld. Posen-Stargard $62\frac{3}{4}$ bez. — Fonds- und Geld-Sorten: Staats-Schuld-Scheine $3\frac{1}{2}$% $73\frac{1}{2}$ bez. Seehandl.-Prämien-Scheine à 50 Rtl. $88\frac{1}{4}$ etw. bez. Posener Pfandbriefe 4% $89\frac{3}{4}$ etwas bez. u. Gld., neue $3\frac{1}{2}$% $77\frac{3}{4}$ etwas bez. u. Gld. Friedrichsd'or $113\frac{3}{8}$ Br. Louisd'or $112\frac{5}{8}$ bez. Polnische Pfandbriefe $3\frac{1}{2}$% alte $85\frac{3}{4}$ Gld., neue $85\frac{3}{4}$ Gld.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.